

## Niederschrift



Gremium: **31. Sitzung des Kreistages**  
Sitzungsdatum: **Montag, den 11.03.2013**  
Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Großer Sitzungssaal 184, 1. Stock**  
Beginn: 09:06 Uhr Ende: 12:09 Uhr

---

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

### Mitglieder:

Walter Aumann  
Peter Baumeister  
Peter Bergmeir  
Friedlinde Besserer  
Dr. Markus Brem  
Hannelore Britzlmair  
Manfred Buhl  
Hans-Peter Dangl  
Silvia Daßler  
Konrad Dobler  
Renate Durner  
Hansjörg Durz  
Marlies Fasching  
Franz Fendt  
Markus Ferber  
Annemarie Finkel  
Anni Fries  
Ludwig Fröhlich  
Dieter Gerstmayr  
Hannes Grönninger bis 11.07 Uhr  
Sabine Grünwald  
Harald Güller  
Bernhard Hannemann  
Johann Häusler  
Dr. Michael Higl  
Sabine Höchtl-Scheel  
Ulrike Höfer  
Peter Högg  
Fritz Hölzl  
Gabriele Huber entschuldigt  
Karl Heinz Jahn  
Ursula Jung  
Pius Kaiser  
Annegret Kirstein  
Henriette Kirst-Kopp entschuldigt  
Georg Klaußner

Alexander Kolb  
Hubert Kraus  
Norbert Krix  
Rudolf Lautenbacher  
Albert Lettinger  
Heinz Liebert  
Gerhard Mößner  
Bernd Müller ab 9.30 Uhr  
Lorenz Müller  
Franz Neher  
Dr. Manfred Nozar  
Gabriele Olbrich-Krakowitzer  
Jürgen Reichert  
Paul Reisbacher  
Gerhard Ringler  
Eva Rößner  
Martin Sailer  
Alfred Sartor bis 12.00 Uhr  
Jürgen Schantin  
Joachim Schoner  
Peter Schönfelder  
Franz Settele  
Stefan Steinbacher  
Robert Steppich  
Max Strehle  
Dr. Simone Strohmayr entschuldigt  
Dr. Max Stumböck  
Carolina Trautner  
Otto Völk  
Karl-Heinz Wagner  
Bernhard Walter  
Mathilde Wehrle  
Frank Weiher  
Robert Wittmann  
Peter Ziegelmeier

**Verwaltung:**

Ulrich Gerhardt  
Günther Prestele  
Michael Püschel  
Sabine Schneider-Dempf  
Alfred Schühler  
Martin Seitz  
Margit Spöttle  
Kerstin Zoch

**Schriftführerin:**

Ulla Berger

## Tagesordnung:

### Öffentliche Sitzung

1. Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2011;  
Feststellung und Entlastung gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO  
Vorlage: 13/0026
2. Abfallwirtschaftsbetrieb  
Wirtschaftsplan 2013
  - a) Feststellung des Wirtschaftsplanes 2013
  - b) Beschluss über die Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis Augsburg  
gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 7 der BetriebssatzungVorlage: 13/0045
3. Kreishaushalt 2013;  
Erlass der Haushaltssatzung  
Vorlage: 13/0024
4. Klimaschutz  
Umsetzung des Regionalen Klimaschutzkonzeptes  
im Wirtschaftsraum Augsburg - Klimaschutzziele  
und Prioritäten bei der Umsetzung der Leitprojekte  
Vorlage: 13/0033
5. Schöffen- und Jugendschöffenwahl;  
Bildung eines Wahlausschusses  
Vorlage: 13/0031
7. Austritt von Kreisrat Schantin aus der CSU-Kreistagsfraktion;  
Neubesetzung von Ausschüssen  
Vorlage: 13/0047
6. Neubesetzung des Werkausschusses, des Bau-, Umwelt- und Energieausschusses  
sowie der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuer-  
wehralarmierung;  
Nachfolge von Herrn Kreisrat Siegfried Skarke  
Vorlage: 13/0046
8. Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses  
Vorlage: 13/0020
9. Bekanntgabe dringlicher Anordnungen
10. Verschiedenes
11. Wünsche und Anfragen

Vor Eintritt in die Beratungen spricht **Landrat Sailer** folgende Glückwünsche aus:

- |             |  |
|-------------|--|
| 27. Februar | 50. Geburtstag Kreisrätin Ulrike Höfer<br>Mitglied des Kreistages seit 1996              |
| 7. März     | 60. Geburtstag Kreisrätin Friedlinde Besserer<br>Mitglied des Kreistages seit 2008       |
| 8. März     | 75. Geburtstag Kreisrätin a. D. Marianne Vogg<br>Mitglied des Kreistages von 1996 – 2002 |

Außerdem gratuliert Landrat Sailer dem Kollegen Heinz Liebert zum heutigen Geburtstag.

Anschließend erkundigt sich Landrat Sailer nach Ergänzungswünschen zur Tagesordnung.

**Kreisrätin Olbrich-Krakowitzer** verweist auf den von ihr eingereichten Antrag und bittet um Behandlung der Resolution bezüglich der Leistungssteigerung im AKW Gundremmingen. Das Thema dränge. Die Genehmigung solle wohl in relativ kurzer Zeit kommen.

**Landrat Sailer** teilt mit, dass der Antrag in Abstimmung mit allen Fraktionsvorsitzenden am 22. April im Kreisausschuss behandelt werden soll. Man werde Kreisrätin Olbrich-Krakowitzer dazu einzuladen und ihr Rederecht einräumen.

**Kreisrätin Olbrich-Krakowitzer** meint, es könnte zu spät sein, wenn man die Resolution erst im Kreistag im Juli verabschieden würde, weil die Genehmigung dann vielleicht schon erteilt sei.

**Landrat Sailer** erklärt, man werde den Antrag im Kreisausschuss abschließend beraten und die Resolution – falls sie so verabschiedet werde – unmittelbar an die entsprechenden Behörden und Gremien weitergeben.

**Kreisrätin Olbrich-Krakowitzer** fragt nach, ob dann auch die anderen Anträge in dieser Sitzung behandelt werden sollen.

**Landrat Sailer** informiert darüber, dass alle eingangenen Anträge für die Kreisausschusssitzung am 22. April zur Behandlung vorgesehen sind.

**Kreisrätin Olbrich-Krakowitzer** erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

## Öffentliche Sitzung

**TOP 1    Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2011;  
Feststellung und Entlastung gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO  
Vorlage: 13/0026**

Anlagen:     Rechnungsergebnis (Anlage 1)  
                  Kassenabschluss (Anlage 2)

### Sachverhalt:

Die Kassen- und Jahresrechnung 2011 wurde rechtzeitig erstellt und dem Kreisausschuss als Vorlage 12/0092 zur Kenntnis gegeben. Durch Beschluss vom 07.05.2012 hat der Kreisausschuss die Jahresrechnung 2011 dem Rechnungsprüfungsausschuss zur örtlichen Prüfung zugewiesen. Nach Durchführung des Prüfungsverfahrens hat der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses nunmehr den dieser Sachverhaltsdarstellung als Anlage beigefügten Bericht über die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2011 vom 19.11.2012 mit Schreiben vom 03.12.2012 vorgelegt.

In der im Bericht enthaltenen Prüfungsbestätigung wurde zusammenfassend festgestellt, dass die Jahresrechnung 2011 den Bestimmungen des Art. 88 LKrO entspricht und sich keine Unstimmigkeiten ergaben, die das Rechnungsergebnis verändern würden. Unter Hinweis auf die im Prüfungsbericht enthaltenen Bemerkungen wurde gleichzeitig bestätigt, dass keine Mängel vorliegen, die einer Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2011 durch den Kreistag entgegen stünden (Prüfungsbericht S. 38).

Einzelfeststellungen des Rechnungsprüfungsausschusses wurden von der Verwaltung noch während des laufenden Prüfungsverfahrens abgearbeitet, so dass der Rechnungsprüfungsausschuss am 19.11.2012 abschließend folgenden Beschluss gefasst hat:

„Der Rechnungsprüfungsausschuss betrachtet die im Rahmen der Prüfung der Jahresrechnung 2011 getroffenen Feststellungen durch die Umsetzung der im Schreiben der Verwaltung am 04.10.2012 vorgetragenen Maßnahmen teilweise als erledigt.

Noch zu beantworten ist die Frage, in wie weit die bauausführenden Architekten für vermeidbare Kostenüberschreitungen und Planungsfehler (Umbau Sitzungssaal, Podium) haftbar gemacht werden können.

Der Kreisrechnungsausschuss erwartet besonders im Hinblick auf die Großbaumaßnahmen Gymnasium Diedorf und Berufliche Schulen Neusäß die Bauverwaltung so zu organisieren bzw. auszustatten, dass Mitarbeiter fachlich und zeitlich in der Lage sind, gerade die genannten beiden Maßnahmen als Vertreter des Bauherrn Landkreis Augsburg zu betreuen und zu überwachen.“

Die Hochbauverwaltung wurde hierzu um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung sowie Stellungnahme gebeten.

Weitere Einzelbemerkungen, die eine weitere Veranlassung durch die Verwaltung erforderten, sind nicht enthalten, so dass der Kreisausschuss am 18.02.2013 (Vorlage Nr. 13/0023) dem Kreistag die Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2011 gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO empfohlen hat.

Gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO ist der Kreistag ermächtigt, nach Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse (Art. 89 LKrO) und Aufklärung etwaiger Unstimmigkeiten alsbald, jedoch in der Regel bis zum 30. Juni des auf das Haushaltsjahr folgenden übernächsten Jahres die Jahresrechnung in öffentlicher Sitzung festzustellen und über die Entlastung zu beschließen.

Zu berücksichtigen ist dabei, dass hinsichtlich des Beschlusses über die Entlastung (Ziffer 2 des Beschlussvorschlages) der Landrat als Leiter der Landkreisverwaltung bei der Beratung und Abstimmung wegen persönlicher Beteiligung (Art. 43 LKrO) nicht teilnehmen darf.

Der Sachverhalt wird von **Herrn Seitz** dargestellt. Der Kreistag fasst folgenden

### Beschluss:

1. Die Jahresrechnung 2011 wird gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO mit den als Anlage beigefügten Ergebnissen festgestellt.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	67	
Nein-Stimmen:		0

2. Für die Jahresrechnung 2011 wird gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO mit den als Anlage beigefügten Ergebnissen die Entlastung erteilt.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	66
Nein-Stimmen:	0

Landrat Sailer beteiligt sich nicht an der Abstimmung zu Nr. 2.

**TOP 2    Abfallwirtschaftsbetrieb  
Wirtschaftsplan 2013**

**a)    Feststellung des Wirtschaftsplanes 2013**

**b)    Beschluss über die Eigenkapitalentnahme durch den  
Landkreis Augsburg gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 7 der Betriebssatzung**

**Vorlage: 13/0045**

### Sachverhalt:

#### a) Feststellung des Wirtschaftsplanes 2013

Gemäß § 5 Abs. 2 der Betriebssatzung des Abfallwirtschaftsbetriebes vom 18.07.2011 ist der Werkausschuss für die Beratung des Wirtschaftsplanes für den Eigenbetrieb Kommunale Abfallwirtschaft zuständig. Der Werkausschuss hat den Wirtschaftsplan für das Jahr 2013 (bestehend aus dem Erfolgs-, dem Vermögens- und dem Finanzplan) in der Sitzung am 06.12.2012 behandelt und dem Kreistag die Feststellung des Wirtschaftsplanes 2013 gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 4 der Betriebssatzung empfohlen. Über den Stellenplan des Abfallwirtschaftsbetriebes für das Jahr 2013, der Bestandteil des Wirtschaftsplanes ist, hat der hierfür zuständige Ausschuss für Personal, EDV und Organisation am 11.12.2012 einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss gefasst.

Der beiliegende Wirtschaftsplan enthält neben der Zusammenfassung und dem Vorbericht (Seiten I bis XXV) den Erfolgsplan (Seiten 1 bis 8), den Vermögensplan (Seite 9), den Stellenplan (Seiten 10 und 11), den Finanzplan (Seiten 12 und 13) sowie die Erläuterungen (Seiten 14 bis 24).

Die einzelnen Ansätze orientieren sich in der Regel an der Prognose für das Jahr 2012 unter Würdigung der Ergebnisse des Vorjahres und der schon jetzt bekannten Veränderungen des Jahres 2013. Die einzelnen Ansätze sind in der Anlage erläutert.

Der Erfolgsplan 2013 schließt in den Erträgen mit 20.324.200 € und in den Aufwendungen mit 17.992.200 € und damit mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 2.332.000 €.

Die Hochrechnung für das Jahr 2012 lässt einen Jahresüberschuss von voraussichtlich rund 5,3 Mio. € erwarten.

Maßgeblich beeinflusst werden sowohl das voraussichtliche Jahresergebnis 2012 als auch das Planergebnis 2013 allerdings durch den Verbrauch der Rückstellung für die Rückgewähr von Kostenüberdeckungen 2008 bis 2010. Diese Rückstellung ist anlässlich der zum 01.01.2011 beschlossenen Senkung der Abfallgebühren im Rahmen des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 in Höhe von rund 8,91 Mio. € gebildet worden. Der Verbrauch dieser Rückstellung erfolgt im Rahmen der kaufmännischen Jahresabschlüsse zum 31.12. der Jahre 2011, 2012 und 2013 und führt damit zu einer entsprechenden Erhöhung des im jeweiligen Wirtschaftsjahr tatsächlich erwirtschafteten Jahresergebnisses. Bereinigt man diesen Sondereffekt, der im Erfolgsplan 2013 bei den Umsatzerlösen dargestellt ist, heraus, würde sich für das Jahr 2012 ein Jahresüberschuss von rund 2,4 Mio. € und für das Planjahr 2013 ein Jahresfehlbetrag von rund - 0,8 Mio. € ergeben.

Zu den Ansätzen bzw. zur Entwicklung der weiteren Positionen des Erfolgsplanes 2013 im Einzelnen darf an dieser Stelle auf die jeweils zugehörigen Erläuterungen auf den Seiten 14 ff. der Anlage verwiesen werden.

Im Vermögensplan sind die geplanten Investitionen und die Bewirtschaftung der zweckgebunden angelegten Rücklagen dargestellt. Er schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 7.203.100 €.

Die Ansätze für die Wertstoffinseln und für die Betriebs- und Geschäftsausstattung bewegen sich im Rahmen der Vorjahre. Für die Verbesserung der Wertstoffsammelstellen sind 200.000 € vorgesehen. Damit kann auch im Jahr 2013 an mehreren Wertstoffsammelstellen vor allem in die zum Teil dringend notwendige Befestigung der Stell- und Verkehrsflächen investiert werden.

Bei den Zuführungen zu den einzelnen Rücklagen handelt es sich um die jeweils zweckgebunden erwirtschafteten Zinserträge bzw. die Erhöhung der entsprechenden Rückstellungen gemäß Erfolgsplan. Demgegenüber werden auch verschiedene Entnahmen aus den einzelnen Rücklagen zur Abdeckung entsprechender Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Aus der frei bewirtschaftbaren Rücklage Klärschlamm-trocknung müssen Mittel entnommen werden, weil die tatsächliche Verzinsung des Anlagekapitals der AVA GmbH die nach dem Kommunalabgabengesetz zulässige kalkulatorische Verzinsung übersteigt. Weiter sollen aus dieser Rücklage auch die im Kreishaushalt 2013 des Landkreises Augsburg veranschlagten Kostenerstattungen für Altlastensanierungen getragen werden. Es handelt sich hierbei um eine Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis Augsburg, die gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 7 der Betriebssatzung einer gesonderten Beschlussfassung durch den Kreistag bedarf (siehe b)). Die Höhe der möglichen Zuführung zur Gebührenaussgleichsrücklage errechnet sich letztlich aus der Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben des Vermögensplanes 2013.

Der Finanzplan gibt einen Überblick über die voraussichtliche Entwicklung des Vermögensplans der Jahre 2012 bis 2016. Ab dem Jahr 2014 werden jährliche Entnahmen aus der Gebührenausschüttung notwendig sein, um den dann notwendigen laufenden Bedarf decken zu können. Möglicherweise wird im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 aufgrund der Neukalkulation der Abfallgebühren eine abermalige Rückstellung für die Rückgewähr von Kostenüberdeckungen zu bilden sein, die dann wiederum in den drei Folgejahren verbraucht werden wird. Aus Gründen der besseren Übersicht wurde allerdings darauf verzichtet, diese buchhalterische Position in den Finanzplan mit einzuarbeiten.

Die Ergebnisse des Wirtschaftsplanes für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Augsburg für das Jahr 2013 werden in die Haushaltssatzung des Landkreises Augsburg für das Haushaltsjahr 2013 übernommen.

**b) Beschluss über die Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis Augsburg gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 7 der Betriebssatzung**

Der vom Kreistag zu beschließende Wirtschaftsplan für das Jahr 2013 (vgl. a)) enthält im Vermögensplan 2013 einen aus der Rücklage Klärschlamm-trocknung zu entnehmenden Ausgabeansatz in Höhe von 72.600,00 € als Kostenersatz an den Landkreis Augsburg für die Sanierung von Altlasten. Korrespondierend dazu enthält der Haushaltsplan des Landkreises Augsburg für das Jahr 2013 einen Einnahmeansatz in Höhe von 72.600,00 €.

Für derartige Eigenkapitalentnahmen durch den Landkreis bedarf es (einer Anmerkung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes – BKPV – im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2008 zufolge) einer gesonderten Beschlussfassung durch den Kreistag gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 7 der Betriebssatzung.

Die exakte Höhe des an den Landkreis Augsburg für das Jahr 2013 zu leistenden Kostenersatzes wird erfahrungsgemäß erst kurz vor Ende des Jahres 2013 bezifferbar sein. Zeitlich wird es dann allerdings nicht mehr möglich sein, die entsprechende Zustimmung des Kreistags (incl. Vorberatung durch den Werkausschuss) noch vor Auszahlung an den Landkreis Augsburg und vor Ende des Wirtschaftsjahres 2013 einzuholen. Aus diesem Grund hat der Werkausschuss dem Kreistag in der Sitzung vom 06.12.2012 empfohlen, bereits jetzt schon die Zustimmung zur Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis Augsburg aus der Rücklage Klärschlamm-trocknung zu erteilen, und zwar „in Höhe der der tatsächlich im Haushaltsjahr 2013 anfallenden Kosten, höchstens jedoch bis zur Höhe des im Wirtschaftsplan 2013 veranschlagten Ausgabeansatzes“. Diese, mit dem BKPV abgestimmte Vorgehensweise hat sich bereits seit dem Jahr 2010 bewährt.

Die tatsächliche Höhe der Eigenkapitalentnahme 2013 wird im Rahmen unseres kaufmännischen Jahresabschlusses zum 31.12.2013 in der Bilanzposition Allgemeine Rücklage als „Entnahme durch den Landkreis Augsburg für Altlastensanierung“ verbucht bzw. dargestellt werden.

**Herr Prestele** macht zum Wirtschaftsplan 2013 folgende Ausführungen:

„Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren des Kreistages,

wir, die Werkleitung, freuen uns, dass wir dem Kreistag auch für das Jahr 2013 einen Wirtschaftsplan vorlegen können, der die seit Jahren anhaltende Erfolgsgeschichte der kommunalen Abfallwirtschaft für ein weiteres Jahr fortschreibt.



Der Erfolgsplan, er entspricht in etwa dem Verwaltungshaushalt im kameralen Haushaltswerk des Landkreises, schließt in 2013 mit 20,3 Mio. € bei den Erträgen und 18 Mio. € bei den Aufwendungen. Wir erwarten somit auch für heuer einen Überschuss. Dieser wird mit gut 2 Mio. € prognostiziert (Vorjahres-IST: voraussichtlich 4,9 Mio. Überschuss).

In beiden Ergebnissen, also sowohl im voraussichtlichen Jahresergebnis 2012 als auch im Planergebnis 2013, ist jedoch der Verbrauch der Rückstellung für die Rückgewähr von Kostenüberdeckungen aus den Jahren 2008 bis 2010 enthalten. Diese Rückstellung ist im Rahmen des Jahresabschlusses 2010 anlässlich der zum 01.01.2011 erfolgten Abfallgebührensensenkung gebildet worden und wird nun im Rahmen der kaufmännischen Jahresabschlüsse 2011 bis 2013 verbraucht, was zu einer entsprechenden buchhalterischen Erhöhung dieser drei Jahresergebnisse führt. Bereinigt man diesen Sondereffekt heraus, würde sich für das Jahr 2012 ein Jahresüberschuss in Höhe von rund 2,4 Mio. € und für das Jahr 2013 ein leichter Jahresfehlbetrag von rund - 0,8 Mio. € errechnen. Wir bezeichnen dies auch als operatives Ergebnis.

Der Vermögensplan, der die geplanten Investitionen und die Bewirtschaftung der zweckgebunden angelegten Rücklagen darstellt, schließt in Einnahmen und Ausgaben mit rund 7,2 Mio. €.

Gespeist wird dieser auf der Einnahmeseite durch den Jahresgewinn, durch die Abschreibungen und durch die Entnahmen aus den zweckgebundenen Rücklagen.

Auf der Ausgabenseite stehen die Investitionen auf den Wertstoffsammelstellen und Wertstoffinseln an. Außerdem sind dort der Verbrauch von langfristigen Rückstellungen, die Zuführungen zu den Rücklagen (i. d. R. aus den erwirtschafteten Zinsen) sowie die Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis für Altlastensanierungen veranschlagt.

Der Stellenplan des Abfallwirtschaftsbetriebes weist 5 Beamten- und 9 Beschäftigtenstellen aus.

Umgerechnet auf Ganztagsstellen und ohne die bereits in der Freistellungsphase befindlichen Altersteilzeitler sind bei uns derzeit 9 Bedienstete beschäftigt. Der Personalaufwand für die Verwaltung beträgt rd. 3 Prozent der Ausgaben im Erfolgsplan und kann somit seit Jahren auf einem erfreulich niedrigen Niveau gehalten werden.

Die in vorausschauender Weise schon über viele Jahre angesammelten Rücklagen verleihen dem Abfallwirtschaftsbetrieb die notwendige Gebührenstabilität, insbesondere für die in der Zukunft liegenden Aufgaben im Bereich der Nachsorge für die Deponie Gallenbach und ab dem Jahr 2014 auch für Hegnenbach. Vorbehaltlich der noch zu fassenden Verwendungsbeschlüsse für die Jahresergebnisse 2012 und 2013 betragen die Rücklagen zum 31.12.2013 voraussichtlich rund 40 Mio. €. Am bedeutendsten ist die Rücklage Hegnenbach mit rund 18,4 Mio. €, gefolgt von der Gebührenaussgleichsrücklage mit dann rund 8,8 Mio. €, der Rücklage Gallenbach mit rund 5,6 Mio. €, sowie der Klärschlamm-trocknungsrücklage mit rund 5,5 Mio. €. Die Rücklagen für Pensionsrückstellungen, Beihilfen und die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen machen zusammen rund 1 Mio. € aus. Das Stammkapital beträgt unverändert 0,5 Mio. €.

Der Finanzplan 2013 gibt einen Überblick über die Entwicklung des Vermögensplans der Jahre 2012 bis 2016. Ein Großteil der Ausgaben und Deckungsmittel wird sich dem Finanzplan zufolge auch in den nächsten Jahren verhältnismäßig konstant entwickeln. Die Jahre 2014 und 2015 sind allerdings geprägt durch die dann anstehende Rekultivierung der Deponie Hegnenbach.

Zusammengefasst kann ich Ihnen berichten, dass die Finanzausstattung des Abfallwirtschaftsbetriebes als durchaus solide bezeichnet werden kann. Und dies trotz der Tatsache, dass die Müllgebühren zuletzt im Jahr 2011 schon zum fünften Mal in Folge gesenkt werden konnten. Wir bewegen uns inzwischen auf dem Müllgebührenniveau des Jahres 1994.

Und trotzdem werden wir uns in Kürze mit einer weiteren Senkung der Abfallgebühren für den Zeitraum 2014 bis 2016 befassen können.

Diese Situation zeigt, dass nicht nur die in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts bei der AVA und in Hegnenbach getätigten Investitionen weitestgehend abgeschrieben sind, sie spiegelt auch das seit Jahren anhaltende erfolgreiche Agieren der AVA wieder. In diesem Punkt dürfen wir auch weiterhin eine Erfolgsgeschichte erwarten, die wiederum der Garant für die Stabilität unserer Abfallgebühren sein wird. Wir sind jedenfalls gut vorbereitet auf jedwede Veränderung bei der AVA GmbH.

Wir haben zudem im abgelaufenen Jahr unsere Hausaufgaben in Bezug auf die flächendeckende Einführung der BioEnergieTonne gemacht. Hier haben alle meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Hervorragendes geleistet, denn wir haben in der Rekordzeit von nur 9 Monaten nicht nur die ungeheuren organisatorischen Vorbereitungen getroffen, (es mussten schließlich mehr als 60.000 Grundstückseigentümer persönlich angeschrieben werden, fast ebenso viele BioEnergieTonnen beschafft und bis zum Jahresende ausgeliefert werden), sondern eine entsprechende Bestandsverwaltung auch bei uns aufgebaut werden. Aktuell erfüllen wir derzeit noch sehr viele Sonderwünsche für diejenigen, die sich zunächst entweder gegen die BioEnergieTonne oder für eine kleinere entschieden haben.

Seit Jahresanfang läuft die planmäßige Leerung der BioEnergieTonne mit einer erfreulich guten Resonanz, was die bislang bei der AVA angelieferten Mengen betrifft.

Zusammenfassend lässt sich hier feststellen, dass wir die von der Stadt Augsburg in den Gremien von AVA und AZV eingeforderte Bringschuld des Landkreises Augsburg mehr als erfüllt haben, denn wir haben die Verdichtung der Biotonne von ursprünglich nur 5 % auf rund 90 % aller Grundstücke erhöht.

Diese hohe Quote rechtfertigt nicht nur die Errichtung der Biogasanlage, die noch heuer von der AVA GmbH in Betrieb genommen wird, sie ist auch ein Beleg dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger bei der kommunalen Abfallbeseitigung ein Rundum-Sorglos-Service-Paket erwarten, bei dem alle regelmäßig anfallenden Abfälle über ein bequemes Holsystem erfasst werden und alle außertourlich anfallenden Abfälle über ein ortsnahes Bringsystem entsorgt werden können.

Hierfür ist auch die positive Entwicklung der Blauen Altpapiertonne ein geeigneter Indikator. Obwohl wir dieses Angebot überhaupt nicht bewerben, erfreut es sich einer anhaltenden Beliebtheit, und wir werden in Kürze in jedem zweiten Haushalt eine Blaue Altpapiertonne stehen haben.

Mit unserem differenzierten Entsorgungssystem sind wir jedenfalls für die Herausforderungen des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes des Bundes bestens gerüstet. Wir müssen allerdings weiterhin auf der Hut davor sein, dass uns nicht durch gewerbliche Sammlungen die Butter vom Brot genommen wird. Das Thema Altkleider/Altschuhe ist in dieser Beziehung noch ein offenes Thema, das wir spätestens 2015 bei der Neuausschreibung angehen müssen. Da tummeln sich zu viele bundesweit tätige Entsorger auf unserem Terrain, was zu einer völligen Unübersichtlichkeit für die Bürger führt. Die vielen „wild“ aufgestellten Kleidercontainer sind zum Ärger der Gemeinden ein Indiz dafür.

Aber nun wieder zurück zum Wirtschaftsplan 2013: Wir haben alle Vorkehrungen für die Zukunft getroffen, unsere Sparstrümpfe sind gefüllt. So können wir heuer die neue Sickerwasserbehandlungsanlage für die Deponie Hegnenbach errichten, die endgültige Abdichtung der Deponie Hegnenbach für 2014 in Auftrag geben und die Überleitung in die Nachsorgephase einleiten, verschiedene Wertstoffsammelstellen auf Vordermann bringen und die Abfallgebühren nochmals senken. Das muss allerdings mit Augenmaß geschehen, damit wir sie über das Jahr 2016 hinaus weiter stabil halten können.

Mit dem heute vorliegenden Wirtschaftsplan 2013 hat sich der Werkausschuss am 06.12.2012 in Bezug auf den Erfolgs-, Vermögens- und Finanzplan 2013 sowie der Personalausschuss am 11.12.2012 mit dem Stellenplan befasst und diesen dem Kreistag zur Verabschiedung empfohlen.

Darüber hinaus hat der Werkausschuss dem Kreistag ebenfalls am 06.12.2012 empfohlen, der im Wirtschaftsplan 2013 veranschlagten Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis Augsburg aus der Rücklage Klärschlamm-trocknung bis zur Höhe des Ausgabeansatzes von 72.600,00 € zuzustimmen, nachdem es hierfür nach unserer Betriebssatzung einer gesonderten Beschlussfassung durch den Kreistag bedarf. Hier geht es im Einzelnen um die Finanzierung von Aufwendungen des Landkreises für die Beseitigung von Altlasten. Um entsprechende Beschlussfassung wird somit gebeten.“

**Landrat Sailer** dankt Herrn Prestele für seine Erläuterungen zum Wirtschaftsplan und zur Situation des Abfallwirtschaftsbetriebes insgesamt und stellt diese zur Aussprache.

**Kreisrat Hannemann** spricht den Wechsel von der grauen Tonne in die Biotonne an. Der Effekt ergebe sich daraus, dass der noch verbleibende Müll in der grauen Tonne weniger, aber offensichtlich auch trockener und dann brennfähiger werde. Kreisrat Hannemann möchte wissen, ob dies unmittelbar auch einen höheren Erlös zur Folge hat oder dies durch den Mehraufwand für die Biotonne kompensiert wird.

**Herr Prestele** teilt mit, diese Berechnung sei letztendlich Grundlage für die Entscheidung im Werkausschuss gewesen, die Biotonne einzuführen. Grundsätzlich habe Herr Hannemann Recht. Würden alle Bürger den Appellen folgen und sämtliche kompostierbaren Abfälle, die bislang über die Restmülltonne entsorgt wurden, ab sofort über die BioEnergieTonne erfassen, dann reduziere sich die Restmüllmenge. Wie es tatsächlich ausfallen werde, bleibe einer mittelfristigen Beobachtung überlassen.

Im Wirtschaftsplan seien entsprechende Mengenreduzierungen bei den Verbrennungsaufwendungen veranschlagt. Die AVA habe signalisiert, dass sich die pro Tonne Hausmüll zu bezahlenden Anlieferungspreise nach unten bewegen werden, wenn der Müll tatsächlich trockener und damit energiereicher werde. Dem stünden die zusätzlichen Aufwendungen für die Logistik (momentan 2 Mio. €) entgegen. Mittelfristig erhoffe man sich Erlöse aus der Energiegewinnung. Es werde von dem Material einerseits Gas und andererseits Kompost erzeugt, was sich dann beim Abfallwirtschaftsbetrieb auf der Einnahmenseite seitens der AVA niederschlagen werde.

Herr Prestele gibt jedoch zu bedenken, dass sich die Investition zunächst amortisieren und abgewartet werden muss, wie die Bürger mit der Biotonne umgehen. Es wäre zu kurz gesprungen, wenn ausschließlich die Gartenabfälle eingefüllt würden und nicht daran gedacht werde, die Abfälle aus der Küche nicht in die Biotonne zu geben. Man könne nur an alle appellieren und auf allen Schienen Öffentlichkeitsarbeit betreiben, sei es über Infoblätter oder über Funk und Fernsehen.

**Kreisrätin Olbrich-Krakowitz** führt an, Herr Prestele habe in seinen Ausführungen von 9 Mitarbeitern, davon 5 Beamten, gesprochen. Sie interessiert sich dafür, ob es wirklich notwendig ist, im Verhältnis zum „normalen“ Angestellten so viele Beamte zu haben.

**Herr Prestele** stellt klar, er habe nicht von 9 Mitarbeitern gesprochen. Es handle sich hierbei um keine Bevorzugung oder Benachteiligung von Tarifbeschäftigten. Diese Situation ergebe sich letztendlich aus der exponierten Lage des Abfallwirtschaftsbetriebes im Süden. Es habe Bewerber gegeben, die im Süden des Landkreises Verwendung gesucht hätten. Im Laufe der Jahre habe sich eine Verschiebung ergeben. Die früher sehr vielen männlichen Mitarbeiter seien inzwischen deutlich in der Minderzahl. Der Abfallwirtschaftsbetrieb biete in

Schwabmünchen sehr familienfreundliche Konstellationen an, womit Arbeit und Familie sehr gut vereinbar seien.

**Landrat Sailer** weist darauf hin, dass das Verhältnis der Beamten zu den Beschäftigten einen reinen Zufall darstellt. Es gebe keinen Stellenplan, der dies zwingend vorsehe. Aufgrund der Ortslage des Abfallwirtschaftsbetriebes habe sich dies so ergeben.

**Kreisrat Neher** erachtet die Entwicklung im Abfallwirtschaftsbetrieb als ausgesprochen positiv. Die BioEnergieTonne werde ebenfalls sehr positiv angenommen. Es sei auch ein wichtiger Beitrag für die Energiewende, dass der Müll, der bisher als Küchen- oder Gartenmüll irgendwo gelandet sei, wieder in den ganzen Prozess eingefügt werde.

In Thierhaupten habe man eine Grünannahmestelle. Man wolle beobachten, wie sehr die BioEnergieTonne das Volumen der Grünannahmestelle vermindere. Gleichzeitig habe eine Gemeinde wie Thierhaupten sehr viele öffentliche Flächen mit sehr viel Grünschnitt. Kreisrat Neher erkundigt sich danach, ob angedacht ist, dass man diese „sehr sauberen“ Grünabfälle der Gemeinden auch in das System mit übernehmen könnte.

**Herr Prestele** teilt mit, diese Frage sei Gegenstand der letzten Sitzung im Werkausschuss im Dezember gewesen, in der Herr Matthies anwesend gewesen sei. Grundsätzlich sei das Material für die AVA aufgrund der Zusammensetzung interessant. Man werde aber wohl davon ausgehen müssen, dass aufgrund der hohen Anschlussquote bei den Privathaushalten die Kapazitäten weitestgehend ausgeschöpft sein werden. Deswegen habe Herr Matthies die Empfehlung gegeben, die Gemeinden sollten ihre bisherigen Entsorgungsstrukturen nicht ohne Not aufgeben, sondern überprüfen, ob sie wettbewerbsgerecht seien. Umso weiter eine Gemeinde an der Peripherie liege, umso eher werde sich für diese Gemeinde trotz allem eine Insellösung rechnen.

Der Kreistag fasst daraufhin folgenden

### Beschluss:

- a) Auf Empfehlung des Werkausschusses vom 06.12.2012 und des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation vom 11.12.2012 beschließt der Kreistag die Feststellung des als Anlage zu diesem Beschluss beigefügten Wirtschaftsplanes 2013 (§ 6 Abs. 1 Nr. 4 der Betriebssatzung).
- b) Auf Empfehlung des Werkausschusses vom 06.12.2012 erteilt der Kreistag die Zustimmung zur Eigenkapitalentnahme im Wirtschaftsjahr 2013 durch den Landkreis Augsburg aus der Rücklage Klärschlamm-trocknung des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Augsburg in Höhe der tatsächlich im Haushaltsjahr 2013 anfallenden Kosten für Altlastensanierungen, höchstens jedoch bis zur Höhe des im Wirtschaftsplan 2013 veranschlagten Ausgabeansatzes von 72.600,00 € (§ 6 Abs. 1 Nr. 7 der Betriebssatzung).

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	68
Nein-Stimmen:	0

**Landrat Sailer** dankt Herrn Prestele und Frau Schneider-Dempff sowie der ganzen Mannschaft des Abfallwirtschaftsbetriebes im Namen des gesamten Kreistages für die geleistete Arbeit in den letzten Wochen im Zusammenhang mit der Einführung der BioEnergieTonne. Es sei der feste Wille, dass die BioEnergieTonne auch künftig gebührenfrei bleibe.

**TOP 3    Kreishaushalt 2013;  
Erlass der Haushaltssatzung  
Vorlage: 13/0024**

Sachverhalt:

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2013 wurde nach Beratung in den Fachausschüssen am 18.02.2013 abschließend im Kreisausschuss behandelt. Die beschlossenen Veränderungen sind in den Sitzungsprotokollen festgehalten.

Die Landkreisverwaltung wurde dabei beauftragt, dem Kreistag im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt einen abgeglichenen Haushaltsentwurf für das Jahr 2013 vorzulegen. Hierbei ist ein Kreisumlagehebesatz in Höhe von 49,75 % zu berücksichtigen.

Zum Abgleich des Kreishaushaltes 2013 sind daher folgende Haushaltsansätze zu berücksichtigen

eine Kreisumlage in Höhe von		95.698.600 € (Hebesatz: 49,75 %)
eine Rücklagenentnahme in Höhe von		2.697.700 €
davon		
• allgemeine Rücklage	-	
• Sonderrücklage Betriebs- verluste Klinikum	2.672.700 €	
• Stiftungsrücklage	25.000 €	
eine zusätzliche Rücklagenzuführung in Höhe von		1.632.600 €
eine Kreditaufnahme in Höhe von		12.774.400 €
davon		
• für Investitionen und Investitionsförderungs- maßnahmen	11.193.500 €	
• für Umschuldungen	1.580.900 €	
Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		98.692.000 €
Hebesätze für den in gemeindefreien Gebieten liegenden Grundbesitz		
• Grundsteuer A	300 v. H.	
• Grundsteuer B	300 v. H.	
• Gewerbesteuer	320 v. H.	
Höchstbetrag der Kassenkredite		3.000.000 €

**Landrat Sailer** macht zum Kreishaushalt 2013 folgende Ausführungen:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben in den letzten Wochen arbeitsintensive Sitzungen hinter uns gebracht. Die ersten Monate des neuen Jahres waren geprägt von den Haushaltsberatungen. Jeder Ausschuss hat in zwei bzw. drei Lesungen über die finanziellen Planungen des Landkreises diskutiert. Wir haben hinterfragt und sorgfältig abgewogen. Das Ergebnis, den Haushalt 2013, wollen wir heute abschließend miteinander besprechen und verabschieden. Im Verwaltungshaushalt dieses Jahres sind 175,5 Millionen Euro veranschlagt. Der Vermögenshaushalt ist mit 28,7 Millionen Euro geplant.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind in diesem Jahr in der glücklichen Lage, einen Haushaltsentwurf präsentieren zu können, der keinen Anlass zu großer Sorge bereitet. Im Gegenteil! Wir können zusätzlich 1,6 Millionen Euro an den Vermögenshaushalt zuführen, und später aktiv in den Abbau unserer Schulden investieren. Die Rahmenbedingungen dafür waren nie besser! Ein Arbeitskreis hat verschiedene Möglichkeiten des Schuldenabbaus ausgearbeitet und an die Fraktionen weitergereicht. Ein höherer Tilgungsanteil, Sondertilgungen oder eine regelmäßig höhere Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt – diese Maßnahmen stehen uns zur Verfügung. Und wir werden sie in geeignetem Maße zu gegebener Zeit ergreifen. Denn wir haben eine Verantwortung gegenüber den zukünftigen Generationen. Unsere Schulden dürfen nicht zur Belastung der Zukunft werden. Denn auch künftig müssen wir uns entsprechende Handlungsspielräume für die kommenden Jahre erhalten.

Ich weiß, dass einige von Ihnen unter diesen Umständen gern die Kreisumlage gesenkt hätten, doch ich bin froh, dass wir uns letztendlich gemeinsam dagegen entschieden haben. Denn die Priorität muss meines Erachtens aktuell an anderer Stelle gesetzt werden. Schulden aufzunehmen ist unvermeidbar, aber gleichzeitig treffen wir Vorsorge, diese auch wieder abbauen zu können. Selbstverständlich verlieren wir dabei die Bedürfnisse unserer Städte, Märkte und Gemeinden nicht aus den Augen.

Ganz grundsätzlich hat der Landkreis Augsburg – und damit wir, als die gewählten Vertreter der Bürgerinnen und Bürger – eine große Verantwortung gegenüber den Menschen, die hier leben. Wir schaffen die erforderlichen Rahmenbedingungen. Diese gelten für alle – egal ob für junge Familien, sozial Schwache, ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger oder wirtschaftlich erfolgreiche Unternehmen. Und unter diesem Aspekt müssen wir auch unseren Haushaltsplan betrachten: Er soll ein Haushalt für alle Bürger unseres Landkreises sein.

An dieser Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen, denke ich zuerst an diejenigen, die auf unsere Unterstützung angewiesen sind: Unterhaltssicherung, Sozialhilfe, Bildung und Teilhabe, Hartz IV, um nur einige Stichworte zu nennen. Die Ausgaben für die soziale Sicherung haben den größten Anteil am Gesamthaushalt des Landkreises und belaufen sich auf 48,9 Millionen Euro. Dazu zählen die Sozialhilfe einschließlich Grundsicherung und die Jugendhilfe – Personal eingerechnet.

Hinzu kommt die Bezirksumlage, die bei einem Hebesatz von 23,90 Prozent fast 46 Millionen Euro ausmacht und nahezu vollständig in die Sozialabgaben fließt. Insgesamt machen diese 95 Millionen Euro etwa 55 Prozent des Verwaltungshaushalts aus. 55 Prozent, die unmittelbar für die Menschen im Augsburger Land ausgegeben werden, die es ohne unsere Hilfe im Moment alleine nicht schaffen würden.

Um all die Bedürfnisse unserer Landkreisbürger zu erfassen, leisten die Mitarbeiter im Landratsamt ganze Arbeit. Aktuell stehen vor allem die Bauverwaltung, das Amt für Familie, Bildung und Soziales und das Amt für Ausländerwesen und Integration vor besonderen Herausforderungen. Es gibt viel zu tun. Doch trotz der hohen Schlagzahl an Aufgaben stehen

Freundlichkeit und Service an oberster Stelle. Erst kürzlich wurde ich wieder angesprochen auf die Atmosphäre in unserem Haus. Zitat: „*Diese Woche war ich zweimal im Landratsamt. Ich bin ausnahmslos von jedem Mitarbeiter, den ich auf dem Gang getroffen habe, begrüßt worden!*“ Wir haben sehr gutes Personal und dafür haben wir 2013 rund 27 Millionen Euro veranschlagt, damit wir weiterhin professioneller Ansprechpartner für unsere Bürger sein können. Denn das ist unsere Aufgabe.

All die bislang genannten Positionen können wir nur bedingt oder gar nicht beeinflussen. Doch wir absolvieren nicht nur unser Pflichtprogramm! Wir haben Ambitionen. Wir sind innovativ und haben den Mut, etwas Neues zu wagen. Das zeigt sich unter anderem bei unseren geplanten Investitionen.

Mit Blick in die Zukunft haben wir uns dafür entschieden, über einen Zeitraum von mehreren Jahren insgesamt 125 Millionen Euro für Schulbauprojekte im Landkreis Augsburg auszugeben. Das Gymnasium Königsbrunn und die Realschule Meitingen sowie die Erweiterungen der Realschulen Bobingen und Zusmarshausen haben in den vergangenen Jahren den Anfang gemacht. Nun sollen das Berufliche Schulzentrum in Neusäß und das Gymnasium Diedorf folgen. Diese beiden Projekte werden zusammen mit rund 70 Millionen Euro zu Buche schlagen. Auf das Haushaltsjahr 2013 entfallen für das Berufliche Schulzentrum 2 Millionen Euro und für das Gymnasium Diedorf 2,7 Millionen Euro. Der Rest teilt sich dann auf die beiden kommenden Jahre auf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin überzeugt davon, dass wir mit diesen beiden Schulen Lernbedingungen schaffen, von denen Schüler in anderen Kommunen nur träumen können. Die Anforderungen an junge Menschen werden im Zuge unserer schnelllebigen Welt immer größer. Der Leistungsdruck wird stärker und die Zeit immer knapper. Da ist es unsere Aufgabe, die äußeren Umstände, auf die wir Einfluss nehmen können, entsprechend zu gestalten. Das Gymnasium Diedorf mit seinen modernen Lernlandschaften und hohem Energiestandard – analog das Berufliche Schulzentrum in Neusäß – gehen hier mit bestem Beispiel voran und werden ganz bald Vorbild deutschlandweit sein.

Doch abgesehen von der großen Bedeutung dieser Projekte dürfen wir uns auch den unmittelbaren Nutzen für die Schüler in unserem Landkreis anschauen: Die neuen Räumlichkeiten bieten endlich genug Platz für alle Klassen und gewährleisten eine positive Atmosphäre. Die Lernlandschaften ermöglichen es Schülern und Lehrern, ganz neue pädagogische Konzepte umzusetzen und durch das zusätzliche Gymnasium werden auch die anderen Gymnasien im Landkreis (aber vor allem auch die Stadt Augsburg) entsprechend entlastet, was kleinere Klassen und eine individuellere Betreuung der Schüler mit sich bringt.

Der Weg in eine weiterführende Schule führt aber natürlich erst einmal über die Grundschule, den Kindergarten und in vielen Fällen zuvor auch über eine Kindertagesstätte. Dieses Thema beschäftigt den Landkreis schon seit langem, und so liegen wir beim Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige in Schwaben ganz vorne. Wenn im Sommer der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz kommt, können wir mit rund 2.000 Plätzen zu Beginn des nächsten Kindergartenjahres rechnen. Damit wäre der erwartete Bedarf gedeckt. Das ist echte Familienfreundlichkeit!

Um dieses Prädikat auch über die Kinderbetreuung hinaus zu verdienen, geben wir im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe rund 15,8 Millionen Euro aus.

Und das Landratsamt geht auch hier mit gutem Beispiel voran. Wir sind gerade dabei, unsere Behörde offiziell als familienfreundlich zertifizieren zu lassen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht dabei im Vordergrund. Denn in unserer heutigen Gesellschaft ist das klassische Familienmodell mit einem Alleinverdiener und der Hausfrau und Mutter nicht mehr oft zu finden. Um mit dieser Entwicklung Schritt zu halten, müssen auch wir uns als Arbeitgeber entsprechend weiterentwickeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, welche Themen bewegen die Menschen im Augsburger-Land noch?

Ganz sicher die Krankenversorgung. Darauf wollen sich unsere Bürger verlassen können. Beispiel Klinikum Augsburg: Hier stehen 1.800 Betten zur Verfügung und rund 5.000 Mitarbeiter kümmern sich jeden Tag um die Kranken und Verletzten in vorbildlicher Art und Weise. Durch die Mitgliedschaft im Krankenhauszweckverband ist der Landkreis Augsburg eng mit allen Entwicklungen im Klinikum verbunden. In der Vergangenheit ging dies oft mit hohen finanziellen Belastungen einher, doch inzwischen hat sich unser Großkrankenhaus aus dem Tief herausgearbeitet und schreibt seit zwei Jahren schwarze Zahlen.

Ebenso erfreulich entwickelt sich das Kommunalunternehmen Wertachkliniken Bobingen und Schwabmünchen. Die letzte Jahresbilanz fiel wiederum positiv aus. Für die Menschen im Süden des Augsburger Landes sind diese beiden Kliniken eine wichtige Anlaufstelle und der Landkreis kann hier erneut aktiv etwas für seine Bürgerinnen und Bürger tun.

Zu einer guten Lebensqualität im Augsburger Land trägt ebenso eine saubere Umwelt maßgeblich bei. Mit unserer Beteiligung an der Abfallverwertung Augsburg GmbH, kurz AVA, haben wir auch an dieser Stelle die Möglichkeit, den Landkreisbürgern einen wichtigen Dienst zu erweisen. Etwa 200.000 Tonnen Müll werden hier pro Jahr verwertet, davon kommen rund 46.000 Tonnen aus dem Landkreis Augsburg. Wir gewährleisten damit die Entsorgungssicherheit für die Bürger in der Region.

Unverzichtbar für die Menschen im Landkreis ist auch ein funktionierender Nahverkehr. Deshalb sind wir beim Augsburger Verkehrsverbund, dem AVV, mit 25 Prozent beteiligt. Für den ÖPNV geben wir heuer rund 6 Millionen Euro aus.

Der soziale Wohnungsbau, meine Damen und Herren, wird uns in den kommenden Jahren sicherlich sehr beschäftigen. Dazu findet inzwischen auch eine breite öffentliche Diskussion statt. Günstiger Wohnraum wird knapp und immer mehr Menschen sind genau darauf angewiesen. Durch unsere Beteiligung an der Wohnungsbau GmbH, der WBL, können wir auch dieses Thema vorantreiben und uns direkt für die Bürger im Landkreis einsetzen. Wir tun dies in jedem Jahr mit über 10 Mio. € im Bereich der Sanierung und im Ausbau sozialverträglichen Wohnungsbaus.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, dass der Haushalt des Landkreises, über den wir heute zu entscheiden haben, in unzähligen Bereichen eine direkte Bedeutung für die Menschen hat, die hier leben. Diese Tatsache sollten wir uns immer wieder bewusst machen.

Ich danke für die konstruktiven Diskussionen in den vergangenen Wochen und möchte mich bei Ihnen allen – bei allen Fraktionen – ganz ausdrücklich bedanken. Ihre konstruktiven Anregungen und Vorschläge wurden in den Haushaltberatungen eingebracht und in den Haushalt, der Ihnen vorliegt, eingearbeitet.

Abschließend danke ich sehr herzlich unserem Kämmerer, Herrn Seitz, mit allen Mitarbeitern in der Kreisfinanzverwaltung für den großartigen Einsatz in den vergangenen Wochen, auch für die Teilnahme bei den Ausschusssitzungen und den Fraktionsklausuren. Ich darf nun die Fraktionen um die entsprechenden Einschätzungen und Wortmeldungen bitten und darf zunächst dem Kollegen Heinz Liebert das Wort erteilen.“

**Kreisrat Liebert** stellt fest, dies sei heute ein markanter Tag, an dem man wiederum die Weichen für die Entwicklung des Landkreises im nächsten Jahr stelle. Bevor er zum Haushalt 2013 etwas sage, wolle er drei Bemerkungen zum abgelaufenen Jahr machen. Es sei eigentlich ein langweiliges Jahr gewesen. Die Welt sei im Dezember nicht untergegangen, Amerika sei nicht über die fiskalische Klippe gestürzt und Griechenland sei nicht pleite gegangen. Die Frage sei, ob deswegen alles in Ordnung sei. Dies sei mit Sicherheit nicht der Fall, weil sehr hohe öffentliche Schulden die Finanzsysteme in einem zerbrechlichen Zustand belasten. Allein die deutschen Staatsschulden würden zum heutigen Zeitpunkt 2,1 Billionen € oder 2.100 Mrd. € oder 2.100.000 Mio. € betragen.



Kreisrat Liebert wirft die Frage auf, wie es beim Landkreis Augsburg aussieht und ob der Landkreis mit seinem Haushalt 2013 gleich weit wie im Haushalt 2012 ist oder es wesentliche Unterscheidungsmerkmale gibt. Diese gebe es, und zwar in zweierlei Richtungen. Erstens knacke man heuer zum ersten Mal die 200 Millionen-Grenze und zweitens gelinge es erstmals, neben riesigen Bildungsinvestitionen eine Umkehr bei der Verschuldungssituation einzuläuten. Denn man müsse den Kindern Chancen und nicht Schulden vererben. Dies sei nach Meinung der CSU-Fraktion ein wichtiger Grundsatz, der diesen Haushalt ganz wesentlich präge.

Die Wirtschaft habe Fahrt aufgenommen. In ganz Schwaben sei ein Aufwuchs von 5,1 %, im Landkreis Augsburg ein Aufwuchs von 6,4 % vorhanden. Der Landkreis sei damit innerhalb der Landkreisfamilie Schwabens zum Motor geworden. Diese Tatsache allein beschere ein Wachstum von etwa 5,7 Mio. €. Dies sei gut, dürfe aber nicht zu Übermut Anlass geben. Warum dies so sei, habe Herr Landrat bereits gesagt, und zwar weil man auf der einen Seite riesige Sozialaufwendungen zu schultern habe, so z. B. in der Jugendhilfe mit 15 Mio. € brutto und im Bereich Hartz IV mit 12,5 Mio. € brutto. Rechne man die Bezirksaufwendungen für Soziales – dies seien nicht weniger als 560 Mio. € in 12 Monaten – dazu, dann stelle sich nicht nur die Frage für den Landkreis Augsburg, da damit mehr als die Hälfte der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes gebunden würden, sondern es stelle sich die Frage, ob diese riesigen Sozialaufwendungen künftig noch allein oder überwiegend mit kommunalen Haushaltsmitteln zu schultern seien oder ob nicht der Ruf nach einem Bundesleistungsgesetz für Soziales nach dem Grundsatz der Drittelparität zwischen Bund, Land und Kommunen oberste Priorität erlangen müsse.

Und dennoch habe der Landkreis in diesem Jahr 2013 eine vergleichsweise entspannte Haushaltssituation zu verzeichnen. Kreisrat Liebert nennt hierzu drei Momente, und zwar die erhöhten Schlüsselzuweisungen, die erhöhte Bundesbeteiligung an den Kosten der Grundversicherung (Modell heuer 45/75 %) mit hoffentlich 100 % im nächsten Jahr und – wie gesagt – eine Umlagekraftsteigerung. All das trage dazu bei, dass der Landkreis nicht nur den Hebesatz von 49,75 % der Umlagegrundlagen halten, sondern einen errechneten Überschuss von etwa 1,6 Mio. € zur Begrenzung der Verschuldung einsetzen könne. Die CSU-Fraktion habe dazu einen ganz konkreten Weg vorgeschlagen, keinen theoretischen, sondern einen, den man seit vielen Jahren sehr erfolgreich im Landkreis Augsburg gehe. Nach dem Modell der Verlustrückstellungen für das Zentralklinikum werde vorgeschlagen und wohl auch so beschlossen, dass diese 1,6 Mio. € in einer Sonderrücklage einzustellen seien, um zu gegebener Zeit zu Sondertilgungen und damit zur Verschuldungssenkung verwendet zu werden. Dies sei das eigentlich Neue im Finanzteil dieses Haushalts.

Kreisrat Liebert kommt anschließend zu den Investitionsschwerpunkten. Er wolle diese nicht mehr wiederholen. Es sei aber bemerkenswert, dass im Landkreis noch nie die Situation vorhanden gewesen sei, dass in nur einer Wahlperiode Bildungsinvestitionen von über 100 Mio. € angepackt worden seien. Er dürfe stichwortartig die 25 Mio. € für die Generalsanierung des Gymnasiums Königsbrunn, 2 Mio. € für die Schwimmhalle dazu, 35 Mio. € für das Gymnasium Diedorf, rd. 35 Mio. € für die Beruflichen Schulen in Neusäß und weitere zweistellige Millionenbeträge für die Realschulen nennen.

Bei den Beruflichen Schulen Neusäß stehe man ja bekanntlich mitten in der Phase der Planung und habe den Aufwand in mehreren Korrekturen – vor allem im Bauausschuss – momentan mit 34,6 Mio. € festgezurr. Wenn hier – dies wolle er nur am Rande erwähnen – Irritationen über konkurrierende Baubeginne in Diedorf oder in Neusäß aufgetreten sein sollten, dann wolle er eine alte Weisheit erwähnen, die laute: „Lieber langsam planen und schnell bauen anstatt schnell planen und schnell wieder umbauen.“ Das heiße also: „Gründlichkeit vor Geschwindigkeit“. Wichtig sei in diesem Zusammenhang doch nur, dass es beim Fertigstellungstermin im Schuljahr 2015/16 bleiben müsse.

Kreisrat Liebert möchte an dieser Stelle noch auf einen Moment hinweisen, der der CSU-Kreistagsfraktion sehr wichtig erscheint, nämlich auf den, dass man bei den in die Jahre gekommenen Bildungseinrichtungen nicht die Augen verschließen dürfe. Hiermit meine er Gersthofen und Neusäß. Konkret mahnt Kreisrat Liebert an, die Sanierung des Paul-Klee-Gymnasiums in Gersthofen in den Fokus zu nehmen. 2013, 2014 und 2015 seien die Planungen durchzuführen. Der Landkreis habe in diesen Jahren jeweils 150.000 € in den Haushalt bzw. in den Investitions- und Finanzplan eingestellt. Dies sollen nicht nur leere Haushaltszahlen sein, sondern man erwarte auch, dass die konkreten Voruntersuchungen und die Abstimmungen mit Schule und Geldgebern stattfinden. Letztlich müsse dann die Frage „Sanieren oder Neubau“ zu beantworten sein. Diese Schule stamme aus den 70er Jahren, sei ursprünglich für 700 Schülerinnen und Schüler gebaut worden und weise derzeit einen Schülerstand von 940 auf. Das heiße, die Schule platze aus allen Nähten. Da Gymnasium Gersthofen dürfe kein Gymnasium zweiter Klasse werden. Dies sei die Botschaft an die Lehrer, an die Schüler und an die Eltern. Die CSU-Kreistagsfraktion habe sich vor zwei Wochen – am 28. Februar – nochmals ganz aktuell von der Notwendigkeit dieser genannten Sanierungsmaßnahmen von der Schulleitung überzeugen lassen.

Wie Herr Landrat bereits gesagt habe, sei man mit dem Hochleistungsklinikum und den Wertachkliniken bestens aufgestellt. Der Landkreis könne punkten wie kein anderer in Bayern. Die wirtschaftliche Situation sei geschildert worden, so Kreisrat Liebert. Er habe sich einmal die Zahlen – entnommen aus der Festrede von Max Strehle anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Zentralklinikums – angeschaut. Nicht weniger als 100 Mio. € Landkreisgelder seien an Defizitausgleichen seit der Gründung bis zum letzten Jahr geflossen. Das gehöre Gott sei Dank der Vergangenheit an. In diesem und übrigens auch im letzten Haushalt habe man keinen Cent für die Verlustabdeckung leisten müssen. Auch die Zukunft stimme zuversichtlich. 300 Mio. € seien vom Freistaat zugesagt, 50 Mio. € für den Medizinbereich. Das Mutter-Kind-Zentrum konnte im Oktober letzten Jahres eingeweiht werden. Die sei ein 40 Millionen-Bau, in dem nicht weniger als 10.000 Kinder im Jahr stationär und 13.000 Kinder ambulant behandelt werden sollen.

Die Wertachkliniken Bobingen und Schwabmünchen würden eine Erfolgsstory aufweisen. Es sei kein Zuschuss erforderlich. Diese könnten sogar darüber hinaus ihre Investitionen zum Teil aus Eigenmitteln finanzieren. Hier habe man Doppelstrukturen vermieden und Synergieeffekte gehoben.

Anschließend äußert sich Kreisrat Liebert zur Wechselbeziehung zwischen Wirtschaftsförderung und finanzieller Entwicklung. Er habe eingangs bereits auf die Aufwärtsentwicklung im Landkreis hingewiesen. Diese komme nicht von ungefähr. Die konsequente Wirtschaftsförderung und die begleitende Ansiedlungspolitik von Kreistag, Landrat und Verwaltung würden Früchte tragen. Hier gebe es seine sog. „win-win-Situation“: Gewerbesteuer auf der einen Seite und Entlastung bei den Sozialausgaben im Hartz IV-Bereich auf der anderen Seite. Diese Anstrengungen seien notwendig gewesen, denn der Landkreis sei quasi in einer Sandwich-Situation zwischen München, Nürnberg, Fürth und Ulm im Westen darauf angewiesen, hier nicht stehen zu bleiben.

Die Messe Augsburg sei besser geworden, aber noch nicht gut genug. Mit Gerhard Reiter habe man einen guten Geschäftsführer gewonnen, der eine Aufbruchstimmung signalisiert habe. 20 % mehr Aussteller seien okay. Aber dennoch seien Defizite vorhanden, nämlich auf drei Feldern. Die Fläche sei nicht gleichwertig. Von 56.000 m<sup>2</sup> seien nur 30.000 m<sup>2</sup> wettbewerbstauglich. Die Parkplätze müssten neu geordnet und die Bahnanbindungen müssten optimiert werden.

Auch beim Innovationspark habe man die Zeichen der Zeit erkannt. Mit seinem 25 %-Engagement zeige der Landkreis eindeutig Flagge. Dabei gehe es um neue Arbeitsplätze und um Entwicklungschancen. Kreisrat Liebert nennt von Premium Aerotec in Haunstetten über SGL Carbon in Meitingen bis zu Eurocopter in Donauwörth drei wichtige Player.

Der ÖPNV sei dem Landkreis über 6 Mio. € wert. Die Frage sei: Flexibus – ja oder nein? Er habe an einer Besichtigung in der vorletzten Woche in Krumbach teilgenommen, wo das Flexibus-System im Landkreis Günzburg – speziell um Krumbach herum – vorgeführt worden sei. Bisher sei er immer so informiert gewesen, dass dies für den Landkreis nichts taue. Neuerdings sei er da etwas anderer Meinung, so Kreisrat Liebert. Er glaube nicht, dass dieses Flexibus-System 1:1 für den Landkreis übernommen werden könne, in Teilen aber sehr wohl. Dies müsse konkret geprüft werden. Diese Erfahrungen sollte man dann in die Diskussionen – auch im Rahmen des Nahverkehrsplans – einfließen lassen. Dass er den ÖPNV ganz wesentlich mit der Frage von zusätzlichen dritten Gleisen in Verbindung bringe, sei wohl nichts Neues. Er wolle jetzt keine „3. Gleis-Debatte“ mehr anfangen. Nicht nur er, sondern viele seien von den Plänen enttäuscht, zunächst das 3. Gleis nach Norden nicht bauen zu wollen. Es könne und dürfe nicht sein, dass die gesamte Region in ihrer Entwicklung von einem Status quo-Diktat der Bahn gebremst werde. Damit meine er nicht nur den Norden, sondern selbstverständlich den Westen gleichermaßen. Kreisrat Liebert erklärt, er sei bekannt dafür, dass er immer den Plural, nicht den Singular, genannt habe. Er sei dankbar, dass man im Kreistag, aber auch im Bayer. Landtag, über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg etwas Gigantisches erreicht habe und die Chance bekomme, beide Äste in die Anmeldung zu bekommen. Er danke Max Strehle, Harald Güller und Simone Strohmayer dafür, dass man diese Chance bekommen habe. Hier sei nach dem Grundsatz gehandelt worden, das anzumelden, was realistisch sei, um nicht den Fehler zu begehen, alles zu fordern und nichts zu bekommen. Man müsse selbstverständlich auch an Dinkelscherben denken, ggf. über den Weg der Regionalisierungsmittel des Staates. Deswegen appelliert Kreisrat Liebert nochmals an alle MdLs im Bayer. Landtag, dieser Maßnahme auch zuzustimmen.

Zu den Kreisenergiewerken teilt Kreisrat Liebert mit, er habe sich einmal die Wortmeldungen in den Debatten – auch aus dem letzten Jahr bei der Haushaltsverabschiedung – herausgesucht. „Wir treten auf der Stelle“ sei eine gewesen, „Wir müssen endlich aus den Startlöchern kommen“ eine andere. Eine dritte Bemerkung sei gewesen: „Es dauert alles zu lange“. Und dann würden doch glatt zwei Fraktionen des Kreistages hergehen und konkrete Vorschläge machen, z. B. dass zusammen mit den Landkreiskommunen die Möglichkeiten in den Bereichen Energieeffizienz, Energieeinsparung und Erzeugung regenerativer Energien zu analysieren und umzusetzen seien, oder dass die Beratung der Kommunen in den Fragen regenerativer Energieerzeugung forciert werden solle, die energetische Analyse von Biogasanlagen vorangetrieben werde oder die Umsetzung des landkreisweiten Solarkatasters forciert werden solle. Die Reaktion darauf sei gewesen, dass dieser Antrag mehr oder weniger nicht auf taube Ohren, sondern sogar auf Ablehnung gestoßen sei. Fazit sei, dies sei Neuland. Keiner wisse, wie es am Ende aussehen soll. Dies sei wahr. Aber man sollte auch diese Chance nutzen, um die Kreisenergiewerke auch wirklich in die Tat umzusetzen. Man habe entsprechende Ansätze in diesem Haushalt verankern lassen.

Zusammenfassend sei festzustellen, dass es im Haushalt 2013 gelungen sei, Meilensteine auf dem Bildungssektor zu setzen und gleichzeitig einen neuen Weg der Verschuldungsbegrenzung zu gehen. Kreisrat Liebert dankt dem Landrat und dem Kämmerer, seiner Fraktion, der ganzen Landkreisverwaltung sowie seinen Kolleginnen und Kollegen für die konstruktive Diskussion. Die CSU-Fraktion stimme dem Kreishaushalt 2013 einstimmig zu.

**Kreisrat Güller** führt aus, es liege wieder ein Rekordhaushalt in der Höhe vor, und dennoch sei er unspektakulär. Dies habe man in allen Beratungen festgestellt. Es habe zumindest hinsichtlich einzelner Haushaltsansätze wenig streitige Punkte gegeben. Zu den Kreisenergiewerken bzw. zu den Personalmehrungen werde er noch kommen.

Wenn man sich also die gesamten Haushaltsberatungen anschauere, dann vergesse man fast, dass man auch auf zwei Rahmenbedingungen achten müsse. Der erhöhte Bundeszuschuss im sozialen Bereich – insbesondere beim Thema Grundsicherung im Alter – habe den Land-

kreis heuer massiv entlastet. Man dürfe aber nicht vergessen, dass diese Entlastung einmalig sei. Das zweite sei die Bezirksumlage. Es betrübe ihn schon etwas, so Kreisrat Güller, wie still und ruhig, schnell und ohne öffentliche Diskussion in ganz Schwaben die Bezirksumlage auf der gleichen Höhe geblieben sei, obwohl es zusätzliche Zuschüsse durch den Freistaat Bayern gegeben habe, die man jahrelang eingefordert habe. Trotzdem sei es auf Bezirksebene nicht gelungen, die Bezirksumlage, die der Landkreis faktisch direkt durchgebe, zu senken. Dies sei neben dem Thema Bundesleistungsgesetz, eine Drittelfinanzierung einzuführen, auch ein Thema für die Kreistage und werde den Landkreis die nächsten Jahre sicherlich beschäftigen.

Insgesamt würden die Beteiligungen des Landkreises gut laufen. Es seien das Klinikum, die Wertachkliniken und die AVA erwähnt worden. Wobei man nicht vergessen dürfe, dass die AVA derzeit hauptsächlich davon lebe, dass die Anlagen abgeschrieben seien und sich daher die Kostensituation verändert habe. Dies dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass man überlegen müsse, wie es in den nächsten 5 – 10 Jahren hinsichtlich Ersatzinvestitionen in diesem Bereich weitergehe. Es nütze nichts, heute stolz zu verkünden, man sei auf dem Gebähenniveau der 90er Jahre, um dann in einigen Jahren wieder hochgehen zu müssen, weil man große Investitionen vor sich habe. Auch das müsse ein Kreistag in den nächsten Jahren im Auge behalten.

Zu zwei Themen habe man Grundsatzentscheidungen getroffen, die auch – mit den Stimmen der Sozialdemokraten – in die Zukunft weisen. Zum einen sei dies das Thema Innovationspark. Der Landkreis habe sich zu einer Stammeinlage und zu einem Betriebskostenzuschuss entschlossen. Auf einem ähnlichen Weg sei man bei der Messe in Augsburg. Es sei unbestritten, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Messe in zwei Punkten momentan etwas schwierig sei. Dies sei einmal die zur Verfügung gestellte Ausstellungsfläche, die hochqualitativ sei, und zum zweiten die Entwicklung im Messewesen, dass man mehr Konferenzräume brauche, um Messen nach Augsburg zu bekommen. Hier ändere sich das Messewesen und hierfür sei man momentan noch nicht ausreichend gerüstet. Man werde überlegen müssen, ob die Stadt Augsburg dies allein schultern könne bzw. solle und wie die Beteiligung und die Struktur der Beteiligung des Landkreises und damit auch das Thema Mitsprache zu regeln sei.

Bei all diesen Rahmenbedingungen sei es heuer leicht gefallen, Projekte weiterzuführen, die insbesondere auch den Sozialdemokraten am Herzen liegen. Der Jugend- und Sozialhilfe die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen und an dieser Stelle die zweifellos notwendigen Personalmehrungen in den Haushalt einzustellen, sei gelungen. Man habe die gute Situation, dass man fast alle Anforderungen von Vereinen, Verbänden und sozialen Organisationen auf Unterstützung ihrer Arbeit, die auch immer ein Stück Prävention für die Zukunft sei, erfüllen konnte. Der Landkreis habe und könne das erfolgreiche Programm für zusätzliche Mittel zur Verbesserung des ÖPNV – dies seien immerhin mit den Kommunen über 600.000 € - in diesem Haushalt fortführen, ohne dass dies große Probleme bereite.

Einige Bildungsinvestitionen habe der Landkreis abgeschlossen und andere neu in Angriff genommen. Die Stichworte seien schon gefallen: Schwabmünchen, Diedorf, Berufliche Schulen Neusäß. Zusätzlich zu erwähnen sei aber auch die Schwimmhalle Königsbrunn. Wenn man sich dies alles ansehe, dann stimme es natürlich, dass man Lernbedingungen für die Zukunft schaffe. Man müsse allerdings auch aufpassen. Der Landkreis sei nicht für die Lernbedingungen alleine zuständig. Die Personalausstattung sei eine Aufgabe des Freistaates. Kreisrat Güller erklärt, er habe schon mehrfach in Haushaltsreden erwähnt, dass man nicht nur in Steine investieren dürfe, sondern sehen müsse, dass diese Steine auch mit Leben gefüllt werden. Dies heiße, das Personal müsse zur Verfügung gestellt werden. Die Frage sei, was es nütze, wenn man eine sanierte Schwimmhalle zur Verfügung stelle und das Lehrpersonal nicht vorhanden sei, da in den einzelnen Schularten den Schwimmunterricht durchführe, oder wenn man Lerninseln in Diedorf wunderbar konzipiere, wenn das pädago-

gische Personal und auch das Begleitpersonal dann nicht in entsprechender Anzahl zur Verfügung stehe. Darauf müsse der Kreistag – allein schon, damit dies keine Fehlinvestitionen sind – in den nächsten Jahren sein Augenmerk richten.

Man dürfe nicht vergessen, dass in diesem Haushalt bestimmte Maßnahmen noch nicht etabliert seien. Man habe einen groben Plan, wie viel Diedorf und die Beruflichen Schulen Neusäß kosten werden. Man habe aber noch keinen Plan, was die dringend notwendige Sanierung am Ende in Gersthofen kosten werde und wie es mit der Sanierung des Gymnasiums in Neusäß weitergehen werde.

Als ein Projekt im Nahverkehr nennt Kreisrat Güller die Staudenbahn. Man trete um notwendige Investitionen in den letzten Jahren auf der Stelle. Der Ball liege momentan im Bereich der Staudenkommunen, und zwar nicht derjenigen, die direkt an der Bahn liegen, sondern die Frage sei, wie man den Nahverkehr in den Stauden in Zukunft organisiere und ob mit den Bussystemen, wie sie grob geplant seien – mit einer Verdichtung in der Hauptverkehrszeit auf 30 Minuten und ansonsten im Stundentakt –, Einverständnis bestehe. Wenn das so sei, dann müsse sich der Kreistag allerdings der Frage stellen, wie viele Investitionsmittel man in diesen Bereich hineingebe. Dies werde den Landkreis in den nächsten Jahren – ggf. noch zusätzlich über die Bildungsinvestitionen hinaus – belasten.

Bei all diesen Herausforderungen – auch für die Zukunft – stelle sich für die SPD-Fraktion die Frage nach der Kreisumlage. Man sei immer der Auffassung gewesen, dass es eine zeitnahe Finanzierung, aber ggf. dann auch eine Entlastung für die Kommunen geben müsse. In diesem Jahr sehe man allerdings die Sondersituation der auf der einen Seite noch nicht auslaufenden Kredite zu relativ hohen Zinssätzen und respektiere auch den Wunsch der Bürgermeister, die sich zusammengesetzt und erklärt hätten, dass es ihnen nichts nütze, wenn die Kreisumlage in diesem Jahr nach unten gehe und es bereits absehbar sei, dass man in den nächsten Jahren steil nach oben anziehen müsse, weil dann Finanzierungen anstehen. Bei dieser Situation sei die SPD-Fraktion der Auffassung, dass es Sinn mache, eine Sonderrücklage zu bilden und aus der Zinsbindung auslaufende Kredite in den kommenden Jahren zu tilgen. Dies bedeute aber für die Kreisräte und die Gremien in den nächsten Jahren – insbesondere im Jahr 2013 – auch eine erhöhte Verantwortung. Es könne aber nicht einfach so gehen, dass man jetzt sage, man habe eine Sonderrücklage und es könne nichts passieren.

An einigen Stellen gehe man schon etwas „schludrig“ mit den Finanzressourcen um. Einer der Bereiche sei die Personalwirtschaft. Es gebe in den kommenden Jahren aus Sicht der Sozialdemokraten einen deutlichen Bedarf, genau hinzusehen und die Entwicklung zu beobachten. Im Bereich Altersteilzeit und Vorruhestand habe man im letzten Jahr Kosten von 1 Mio. € und in diesem Jahr von 873.000 € gehabt. Diese würden 2014 auf 270.000 € und dann 2016 bis auf 100.000 € nach unten gehen. Es sei völlig klar, dass man heute die berechtigterweise geschlossenen Verträge erfüllen und diesen Haushaltsposten ansetzen müsse. Genauso klar müsse aber auch sein, dass man die nächsten Jahre nicht einfach mit 5 % oder 2,5 – 3 % mehr arbeiten könne, je nachdem, wie die Tarifsteigerung sei, sondern dass man auch berücksichtigen müsse, dass die Belastungen in diesem Bereich deutlich zurückgehen und deshalb im Personalbereich Luft sei, weniger auszugeben als im Moment bzw. zumindest mit einer Nullsteigerung durchzukommen.

An einer Stelle gehe man ein bisschen leichtfertig mit dem Thema Personalsteigerung um. Unbestritten sei der Klimaschutz eine wichtige und neue Aufgabe im Landkreis. Deswegen brauche sie auch mehr personelle Ausstattung. Nur gebe es auch Aufgaben in einer so großen Verwaltung, die etwas geringer werden. Es gebe Bereiche, bei denen sich vielleicht herausgestellt habe, dass die eine oder andere Person in Leitungsfunktion nicht ganz das erfülle, was man sich an dieser Stelle von ihr erwartet habe. Deswegen müsse als erstes, wenn man neue Aufgaben in Angriff nehme, überlegt werden, ob diese nicht aus dem Personal-

körper insgesamt erfüllt oder ob Umschichtungen gemacht bzw. ausscheidende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Stelle dann an anderer Stelle genutzt werden können. Die Mehrheit habe den Weg gewählt, einfach eine neue Stelle zu schaffen.

Das gleiche gelte bei den Kreisenergiewerken, so Kreisrat Güller. Er wolle jetzt nicht in die Generaldebatte über die Kreisenergiewerke gehen. Kollege Liebert habe eine Vorlage geliefert. Im Oktober 2011 sei der Landrat kraftvoll mit Pressemitteilungen angetreten. Es sollten die Kommunen und Bürger beteiligt und dann kraftvoll gestartet werden. Es habe schon bei der kommunalen Beteiligung gemangelt, die bis heute nicht auf dem Niveau sei, dass die absolute Mehrheit der Kommunen in diesem Landkreis wirklich mit dem Herzen hinter diesem Projekt stehe. Es gebe mehr halbherzige Aussagen, wonach man den Landkreis dies halt machen lasse, sich in der Regel aber nicht beteilige. Den großen Ankündigungen von 2011 sei bisher nicht ausreichend Inhalt gefolgt. Das Einzige, was gefolgt sei, sei jetzt nach der Präsentation vom Hohenlohe-Odenwald-Tauberkreis gewesen, dass man einen Geschäftsführer brauche. Hier sei die Mehrheit des Kreistages wieder ganz schnell bei der Sache gewesen. Damit es möglichst schnell gehe, überlege man sich, gleich jemand von extern auszuschreiben und – wenn dies dann funktioniere – diesen intern zu übernehmen. Ansonsten schaffe man halt auch hier wieder eine Stelle. Dies sei nett. Aber es sei die einfachste Lösung. Diese Lösung der „Wieder-Personalmehrung“ an dieser Stelle wolle die SPD-Fraktion nicht mitgehen. Nicht weil man nicht glaube, dass im Klimaschutz eine zusätzliche Stelle und dass eine ordentliche Geschäftsführung für die Kreisenergiewerke notwendig seien, sondern weil die SPD-Fraktion glaube, dass sich ein Kreistag auch der Verantwortung stellen müsse, andere Stellen durchzuschauen und zu überlegen, ob es nicht Umschichtungen im Etat des Personals insgesamt gegeben könne. Die SPD-Fraktion werde deswegen einen entsprechenden Antrag zum Vollzug des Haushalts stellen, der inzwischen hoffentlich ausgeteilt sei und allen vorliege, und bitte an dieser Stelle, noch Korrekturen am Haushalt bzw. am Haushaltsvollzug vorzunehmen.

Beim Thema Bauen laufe nicht alles rund. Die SPD-Fraktion kritisiere massiv, wie es momentan hinsichtlich der Kostenentwicklung bei den Beruflichen Schulen in Neusäß aussehe. Dem Architekten seien 30 Mio. € vorgegeben und dann festgestellt worden, dass er mit 37 Mio. € anlaufe, worauf erklärt wurde, er müsse nach unten gehen. Jetzt werde es als halber Erfolg verkauft, dass man bei 34,6 Mio. € sei. Ohne in die Einzeldiskussion oder in die Qualifikationen dieses Architekten zu gehen: So könne ein Kreistag, aber auch eine Verwaltung nicht mit sich „Schiffchen“ fahren lassen. Es sei schon noch der Kreistag, der die Vorgaben mache, wenn man z. B. sage, wie viel eine Investition mehr koste und man beim Energie sparen höhere Standards ansetze, so Kreisrat Güller. Er möchte aber auch wissen, was dies an Einsparungen in den Betriebskosten in den kommenden Jahren bringe und erwarte, dass man solche Vorgaben erfülle. Er erwarte nicht, dass es dann heiße, man habe nicht sagen können, was es an Betriebskosteneinsparungen bringe. Man müsse und solle im jetzigen Planungsstand bei den 30 Mio. € bleiben und auch von Seiten der Verwaltung Tacheles mit dem Architekten reden. Ggf. müsse man sich, wenn Teams nicht zusammenpassen, voneinander trennen und ggf. auch in der Verwaltung an der einen oder anderen Stelle ein bisschen nachziehen, weil dies nicht nur am Architekten liegen könne. Kreisrat Güller gibt zu verstehen, er sei selbst einmal an einem Landratsamt tätig gewesen. Er hätte es sich als Abteilungsleiter nicht getraut, den Kreisgremien in Aichach-Friedberg etwas vorzulegen, wenn diese etwas anderes haben wollten. Er erwarte schon, dass in der Verwaltung hierüber noch diskutiert werde.

Außerdem möchte Kreisrat Güller noch drei kleine Punkte ansprechen, die man sich dieses Jahr ansehen muss. In zwei Ausschüssen habe man lange über das Thema Wildwasser diskutiert. Er sei es ein bisschen leid, bei dieser Größe des Haushaltes über so etwas zu diskutieren. Er erwarte von einer Verwaltung und dann von dem jeweiligen Ausschuss, dass eine Entscheidung herkomme, ob Wildwasser rein Mädchen- und frauenspezifische Beratungs- und Unterstützungsangebote für von sexualisierter Gewalt Betroffene mache. Wenn dies

fachlich notwendig sei und inhaltlich von Wildwasser so erfüllt werden könne, dann habe Wildwasser Anspruch darauf, dass der Landkreis dies fördere. Wenn es fachlich nicht notwendig sein sollte oder durch andere Institutionen, die man heute schon fördere, erledigt werde, dann habe Wildwasser keinen Anspruch darauf. Kreisrat Güller macht deutlich, er wolle im Haushalt 2014 keine Diskussion mehr haben die sich nur an Stichtagen bei der Einreichung von Anträgen und daran orientiere, was ein Antrag sei. Er wolle eine Grundsatzentscheidung. Wenn es fachlich notwendig sei und es andere nicht machen, dann bekomme Wildwasser Geld, und zwar nicht nur 1.500 €, sondern man müsse dann tatsächlich in die genannten 20.000 € oder 30.000 € gehen. Wenn das nicht so sei, dann bestehe auch kein Anspruch darauf. Es müsse nun aber eine Klärung her.

Gleiches gelte für die Ganztagsbetreuung in der Franziskus-Förderschule in Gersthofen. Er sei dankbar, dass man es hinbekommen habe, dass dieses Jahr das jetzige Angebot weitergeführt werde, möchte aber nicht im nächsten Schuljahr in die gleiche Situation kommen, dass man dann nochmals so kurzfristig die Diskussion zu führen habe. Kreisrat Güller bittet darum, dies eng im Auge zu behalten und dem zuständigen Ausschuss dann darüber Bericht zu erstatten.

Gleiches gelte für den Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung, auch wenn es dabei nicht um Millionen gehe. Es könne nicht angehen, dass man von Augsburg oder vom zuständigen Referenten, Herrn Ullrich, nur scheinbarweise Informationen bekomme oder auch nur deshalb, weil er über eine andere Stelle einen Hinweis bekommen habe, dass da Einiges im Argen liege. Beim Roten Kreuz habe man richtigerweise den Zuschuss um 10.000 € erhöht. Man habe hierüber diskutiert und dann berechtigterweise entschieden, dies so zu machen. Über solche Themen unterhalte man sich sehr lange. Darüber, wie lange man sich über Wildwasser mit 1.500 € unterhalten habe, wolle er gar nicht mehr reden, so Kreisrat Güller. Solche Dinge wie den Rettungszweckverband dürfe man daher nicht einfach schnell ad acta legen.

Kreisrat Güller bedankt sich namens seiner Fraktion anschließend bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in den Beteiligungen arbeiten und insbesondere bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die bei der Aufstellung des Haushaltes unter Begleitung des Kreistages in den letzten Wochen eine hervorragende Arbeit geleistet haben. Er bittet darum, zum Kreishaushalt an den Stellen, wo es – wie ausgeführt – noch Unwuchten gibt, korrigierende Beschlüsse zu fassen. Ansonsten werde die SPD-Fraktion dem Haushalt so zustimmen. Für die SPD-Fraktion bedeute diese Rücklage aber auch, dass der komplette Kreistag verpflichtet sei, in diesem und in den kommenden Jahren auf die Ausgabeposten zu schauen. Dies betreffe insbesondere die aufgezeigten Beteiligungen und die Frage, wie sich die Personalkosten weiterentwickeln.

**Kreisrat Hannemann** erklärt, er werde abweichend von seinen Vorrednern versuchen, sich an die Zeitvorgabe zu halten, die der Landrat gemacht habe. Kreisrat Hannemann dankt zunächst der Verwaltung für die Umsetzung des Haushalts, insbesondere auch für die EDV-mäßige Umsetzung. Er freue sich, dass immer weniger gedruckte Werke ausliegen und hoffe, dass dies in der Zukunft so weiter laufen werde.

Tatsächlich habe man – wie von den Vorrednern schon gesagt – eine außergewöhnliche Situation und dieses Mal einen außergewöhnlichen Haushalt, weshalb man sich eigentlich auf wenige Dinge beschränken könnte, weil man in der Vergangenheit nur wenige Diskussionspunkte hatte, um den Haushalt noch zu retten oder ins Gleichgewicht zu bringen. Man habe eine Einnahme- und eine Ausgabesituation. Die Einnahmen des Landkreises seien nur schwer beeinflussbar. Letztendlich sei man auf Dritte angewiesen, die dem Landkreis die Einnahmen bescherten. Man selbst könne diese nur in einem ganz kleinen Umfang gestalten. Hier möchte er Frau Hagen hervorheben, die es immer wieder schaffe, noch mehr Einnah-

men zu erwirtschaften, wie man eigentlich kalkuliere. Dies sei einer der wenigen Bereiche, auf die man Einfluss habe, und zwar auch mit Erfolg.

Ansonsten könne man sich darüber streiten, wo die Einnahmen herkommen und wer diese verschuldet habe. Im Wesentlichen habe man es der starken Wirtschaft zu verdanken, dass der Haushalt so sei und man eine so starke Einnahmesituation habe. Nun könnten die politisch Tätigen überlegen, ob die starke Wirtschaft darauf basiere, dass die SPD damals das 2010-Projekt realisiert habe oder ob es momentan die konsolidierende Regierung in Berlin sei. Den Streit überlasse er gerne den Damen und Herren in Berlin, so Kreisrat Hannemann. Fakt sei, dass die Bürgerinnen und Bürger und der Fleiß der Unternehmer letztendlich dafür Sorge tragen, dass der Landkreis eine hohe Einnahmesituation habe. Diese hätten dem Landkreis die Situation, die man tatsächlich heute habe, beschert.

Was die Ausgaben angehe, habe der Landkreis wesentlich mehr Spielraum. Natürlich seien die Ausgaben sehr stark bestimmt. Darauf habe man wenig Einfluss. Auf der anderen Seite habe man Bereiche, in denen Ausgaben definiert werden können, ob dies der Personalhaushalt oder aber Investitionen seien, die der Landkreis tätigen müsse und getätigt habe – insbesondere im Schulbereich.

Im Ergebnis könne man diese geplanten und getätigten Ausgaben nur verkraften, weil man eine so hervorragende Einnahmesituation habe, die der Landkreis – dies müsse man leider sagen – letztendlich auch nicht selbst zu verantworten habe. Die Ausgabensituation sei aber kalkulierbar. Hier müsse man wesentlich besser werden, auch wenn man sich die Ausgaben derzeit aufgrund der guten Situation erlauben könne. Fakt sei, dass die Ausgaben, die man selbständig bestimmen könne, durch die Großprojekte geprägt werden, also insbesondere die Investitionen im Lernumfeld.

Hier möchte Kreisrat Hannemann in Erinnerung rufen, dass der Landkreis seinerzeit eine Entscheidung über den Neubau in Neusäß getroffen hat. Entscheidungsgrundlage in diesem Haus sei die Überlegung gewesen, ob man für über 24 – 25 Mio. € einen Altbau saniere oder für das nahezu gleiche Geld einen Neubau installiere. Dies sei die Entscheidung gewesen, die politisch getroffen wurde. Man habe abgewogen zwischen einem relativ gleichen Kostenaufkommen für Neubau oder für Renovierung und habe unter Berücksichtigung dieser Parameter eine Entscheidung getroffen. Wenn man aber dann kurze Zeit später feststellen müsse, dass man eine erhebliche Kostenerhöhung habe, dann müsse man sich schon kritisch fragen, ob man damals diese Entscheidung so getroffen hätte, wenn die Frage eigentlich gelautet hätte, ob man eine Renovierung für 25 Mio. € oder einen Neubau für 35 Mio. € wolle. Kreisrat Hannemann merkt an, er wisse nicht, wie die Entscheidung ausgegangen wäre. Mit dieser Frage sei man jetzt konfrontiert. Diese Frage sei damals nicht gestellt worden. In der Wirtschaft wäre ein solches Vorgehen mit einer solchen Kostenerhöhung undenkbar. Dies wisse jeder Häuslebauer und jeder Unternehmer. Es wäre untragbar und würde zwangsläufig zur Insolvenz des Unternehmens oder zur Kündigung der Bankverträge führen. So etwas erlaube man sich im öffentlichen Bereich und so etwas könne man sich – wie oben ausgeführt – auch leisten. Aber so etwas sollte eigentlich Anreiz dafür sein, aktiv daran zu arbeiten, dass man zukünftig solche Entwicklungen besser im Griff habe. Es könne nicht sein, dass in anderen Bereichen – nämlich im Bereich der Wirtschaft – die Dinge zu einem sehr frühen Zeitpunkt kalkulierbar seien und man im öffentlichen Bereich derartige Entwicklungen habe. Es sei eine Herausforderung an den Kreistag und an die nächsten Generationen, diese Dinge nachhaltig zu bearbeiten und dafür Lösungswege zu finden, damit dies zukünftig besser werde. Wäre die Einnahmesituation nicht so gut und man hätte plötzlich eine Kostenüberschreitung bei den Bauwerken um diese Beträge, wüssten alle hier im Haus, was dies zwangsläufig bedeuten würde. Man müsste dies refinanzieren. Das heiße, die Kreisumlage würde dementsprechend steigen. Wenn man dies verhindern und Stabilität hineinbringen wolle, sei man aufgerufen, die Dinge besser in den Griff zu bekommen.

Zur Energiewende und zu den Energiewerken sei schon einiges gesagt worden, so Kreisrat Hannemann. Er müsse aber auch auf diesen Punkt noch eingehen, weil er Gegenstand des



Haushalts sei. Bezüglich der Energiewende gebe es wahnsinnig viele Sonntagsreden über alle Parteien und Fraktionen hinweg, vom Bund über das Land. Fakt sei doch, dass auf der kommunalen Ebene, wo die Energiewende tatsächlich stattfinden werde und müsse, viel zu wenig ankomme. Es komme zu wenig Hilfeleistung von Bundes- und Landesebene. Es müsse aber auch auf Ebene des Landkreises mehr passieren. Dies sei eigentlich Grund für die Idee gewesen, die Energiewerke zu installieren, die Idee und Wertschöpfung, die man hier im Landkreis habe, auch im Landkreis zu behalten, die Idee, die Wertschöpfung nicht nach Düsseldorf zu den Energiewerken gehen zu lassen oder nach Saudi Arabien. Dies sei die Idee gewesen, mit der man angetreten sei. Dass es natürlich Neuland sei und man etwas betrete, für das es kein Handbuch gebe, wie man die Energiewende oder die Energiewerke mache, sondern dass man hier kreativ zusammenarbeiten müsse, verstehe sich von selbst. Dass man vielleicht deshalb auch mal einen Irrweg einschlage und diesen dann korrigiere, nehme er gerne in Kauf. Da es kein kompetentes Allheilmittel gebe, müsse man die Sache nun einmal anfangen. Deswegen freut sich Kreisrat Hannemann über all diejenigen, die diese Energiewerke aktiv unterstützen und sich in die Diskussion einbringen. Er habe wenig Verständnis für diejenigen, die die Sache letztendlich immer verzögern.

An Kreisrat Güller gerichtet erklärt Kreisrat Hannemann, er sei sehr erpicht darauf, Personalausgaben nicht steigen zu lassen. Wenn dieser aber selbst sage, dass die Kompetenz, die Energiewerke voranzutreiben, derzeit in diesem Haus nicht vorhanden sei, dann müsse man sich zumindest für die ersten Projekte diese Kompetenz einkaufen. Das Ziel müsse es doch sein, dass man die Kompetenz ins Haus bekomme. Dass man am Anfang keine Multifunktionsstelle schaffen könne, die all diese Bereiche abdecke, sei auch klar. Man brauche aber jemand, der sich mit der Thematik beschäftige. Vor zwei Jahren habe er schon gesagt, dass sich die Energiewerke wirtschaftlich selbst tragen könnten, wenn man sich den Aufgaben gewidmet hätte oder widmen werde, die heute tatsächlich auch wirtschaftlich sinnvoll seien. Man könne heute schon Strom verkaufen und damit Geld verdienen. Dies könnten auch Energiewerke machen. Dies Aufgaben würden dem Landkreis zugutekommen. Es gebe genügend Ansätze. Man brauche aber eine ganz breite politische Mehrheit, um auch tragfähig zu sein. Gerade wenn man neue Wege gehe, müsse man zusammenstehen und dies auch gemeinsam durchstehen. Kreisrat Hannemann wünscht sich daher im Kreistag eine konstruktive Mitarbeit und nicht nur allgemeine Kritik. Wenn man die regionale Wertschöpfung nicht im Landkreis belasse, verpasse man ein ganz wichtiges Zukunftsthema. Es gehe letztendlich auch um den Wettbewerb der Regionen. Hier wolle und wolle er immer, dass der Landkreis Vorreiter werde.

Was die 3. Gleise angehe, so sei er erschüttert darüber, wie es gelaufen sei, auch wenn das Ergebnis, dass man jetzt in diesen Plan hineinkomme, sicherlich sehr erfreulich sei. Wenn man vier Jahre lang an einer Arbeitsgruppe teil habe und nach vier Jahren ein 14-seitiges Papier bekomme, das zu zwei Dritteln aus irgendwelchen Übersichten und kopierten Darstellungen resultiere, dann sei er darüber enttäuscht. Er sei auch darüber enttäuscht, wenn ihm am Montag jemand erzähle, dass bestimmte Strecken machbar oder nicht machbar seien, versuche, dies fachlich zu begründen und man müsse ihm in einem gewissen Umfang glauben, und dann der gesamte Vortrag innerhalb von zwei oder drei Tagen konterkariert werde, weil plötzlich feststehe, dass der Gutachter, der sich vier Jahre damit beschäftigt habe, gewisse Rahmendaten, Eckdaten oder grundlegende Fakten nicht gekannt habe. Kreisrat Hannemann macht deutlich, er sei fassungslos darüber, wie so etwas passieren könne. Die 3. Gleise seien ein Ziel, für das der Landkreis seit Jahren kämpfe. Deswegen sei es erfreulich, dass man diese in den Bundesverkehrswegeplan bekomme. Die Art und Weise, wie dies funktioniert habe, finde definitiv nicht sein Einverständnis. Auch da sei es nicht nur Aufgabe, das Ziel festzustellen, sondern sich noch einmal ganz selbstkritisch mit der Sache auseinanderzusetzen und zu fragen, ob man nicht noch professioneller sein und noch zielgerichteter hätte zusammenarbeiten können. Kreisrat Hannemann erklärt, dies könne er momentan noch nicht feststellen.

Für die Zukunft habe er einige Wünsche und Anregungen, von denen er allerdings wisse, dass sich einige wahrscheinlich nicht verwirklichen werden. Das eine habe er ausgeführt, und zwar die Kostenkontrolle bei den Großprojekten besser in den Griff zu bekommen. Damit stehe und falle auch die Handlungsfähigkeit und die Fähigkeit, hier in diesem Haus Politik zu machen. Bei den Themen Messe, Innovationspark und ÖPNV müsse der Landkreis Partner in der Region sein und dürfe sich nicht nur wirtschaftlich beteiligen. Er glaube, die Partner bräuchten die Impulse, die man hier gebe. Diese bräuchten sie im Bereich Innovationspark und im Bereich Messe. Auch der ÖPNV wäre nicht optimal dargestellt, wenn es den Landkreis als Impulsträger nicht gäbe. Die Teilhabe an diesen Projekten sei insofern nicht nur ein Thema der Fiskalpolitik, sondern hier gehe es auch um höherrangige Ziele. Ein Blick nach Europa sei erlaubt. Auch hier sollte man nicht immer nur die monetären Aspekte diskutieren, sondern überlegen, was diese Gemeinschaft für das Leben in den letzten Jahrzehnten bedeutet habe. Im Kleinen sehe er dies in der Region Augsburg, so Kreisrat Hannemann. Es gehe eben nicht nur um die eine oder andere Investition, sondern darum, dass man als Region zusammenwachsen müsse und man den Wert des Landkreises auch den Kollegen in Augsburg stets zu verdeutlichen habe. Bezüglich der aus dem Landkreis kommenden Impulse genieße man hohen Respekt in der Stadt Augsburg, weil man dies sehr sachlich vortrage und die Argumente auch nicht widerlegbar seien. Gerade bei der Behandlung dieser Themen sollen die parteipolitischen Diskussionen, die immer wieder mit einsickern, aus diesem Gremium fern bleiben. Man habe hier eine kommunale Struktur und sollte verantwortungsvoll und gemeinsam arbeiten und nicht immer versuchen, die politischen Mandatsträger aus Bundes- oder Landesebene zu zitieren. Die Diskussion, wer für welche Entwicklungen im wirtschaftlichen Bereich zuständig sei, sollte man den anderen überlassen und sich hier auf die Sacharbeit konzentrieren. Kreisrat Hannemann erklärt, er wolle sich auch nicht den Rückschluss anmaßen, dass in Bayern oder auch im Landkreis alles besser werde, seit die Freien Wähler so stark seien.

Zusammenfassend teilt Kreisrat Hannemann mit, dass die Freien Wähler dem Haushalt in der eingebrachten Form zustimmen werden, aber nicht aufgrund irgendwelcher vorab getroffenen Absprachen, sondern aus der festen Überzeugung, dass man – was die Kreisenergiewerke angehe – endlich einmal den Mut haben müsse, zu investieren. Es sei dringend erforderlich, dieses Know-how einzukaufen. Man hänge mindestens zwei Jahre zurück. Diese müsse man aufholen, weil die Notwendigkeit der Energiewende und die Umsetzung dieser Projekte nicht vom Landkreis bestimmt, sondern die Vorgaben von anderen gemacht worden seien. Kreisrat Hannemann dankt der Verwaltung sowie den Kolleginnen und Kollegen für die sachliche Arbeit in den Ausschüssen. Es habe ihm sehr viel Spaß gemacht, mit den Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen zusammenzuarbeiten und wünsche sich auch im nahenden Wahlkampf, dass es weiter auf dieser Ebene bei einer konstruktiven Zusammenarbeit bleibe.

**Kreisrätin Jung** stellt zur Aussage von Kreisrat Hannemann, wonach es nicht in den Wahlkampf gehen sollte, fest, dass dies auch für die Partei von Herrn Hannemann gelte. Dort sei dies in letzter Zeit schon sehr dominant.

Zum Kreishaushalt 2013 hält Kreisrätin Jung anschließend folgende Rede:

„Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

ich bedanke mich zuerst bei Herrn Seitz für die Vorbereitung des Haushalts 2013 und bei seinem ganzen Team, das an der Erstellung dieses Haushalts beteiligt war. Sie haben sich auch die Zeit genommen, den HH in unserer Fraktion vorzustellen. Auch dafür herzlichen Dank. Heute ist noch ein markanter Tag – es sei nämlich Jahrestag von Fukushima. Dies sollte man nicht vergessen. Deswegen finde ich den Antrag von Frau Olbrich-Krakowitz gut. Dass wir den Antrag im Kreisausschuss behandeln, kann ich durchaus unterstützen.

In diesem Jahr waren für die Haushaltsberatungen das erste Mal, soweit ich zurück denken kann, keine großen Einsparungen nötig, was jedoch im Herbst letzten Jahres so noch nicht abzusehen war. Anscheinend ist die Finanzkrise zumindest vorläufig überwunden und die Wirtschaft stabilisiert sich, was sich wiederum positiv auf unseren Kreishaushalt auswirkt. Allerdings hat sich auch im Vorfeld, ab September 2012, der Arbeitskreis Haushalt und Finanzen Gedanken über Lösungsansätze gemacht, um die Neuverschuldung zu begrenzen. Das war auch gut so. Denn so hatte man schon frühzeitig die Kosten- wie auch die Einnahmeentwicklung im Auge. Die Wiederbelebung dieses Arbeitskreises hat sich bewährt, wie das auch bei den Baumaßnahmen der Fall war. Dort wurde die Entwicklung der Prozesse gezielt begleitet, was sehr hilfreich war, um Tendenzen frühzeitig zu erkennen und ggf. gegenzusteuern. Leider hat man diese Arbeitskreise eingestellt, was sich nun bei der Baustelle Neusäß rächt. Man sollte auf solche Arbeitskreise auch künftig nicht verzichten.

Die positiven Rechnungsergebnisse des letzten Jahres sind gute Voraussetzungen für das kommende Jahr. Über 5,7 Mio. € Einnahmen mehr allein durch die höhere Umlagekraft, über 2 Mio. € mehr bei den Schlüsselzuweisungen und ein Mehr bei der Krankenhausumlage ergeben trotz einer höheren Bezirksumlage von immerhin knapp 2,8 Mio. € unterm Strich ein positives Nettoergebnis von rd. 4,5 Mio. €. Aus heutiger Sicht kann man für 2014 von einer wiederholten wahrscheinlichen Umlagekraftsteigerung von rd. 4 % ausgehen, wie es auch Herr Seitz in seinem Vorbericht zum Haushalt ausgeführt hat. Allerdings werden bei genauer Betrachtung die Mehreinnahmen durch die Mehrausgaben wieder aufgebraucht.

Die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen und die Landkreisbürgerinnen und -bürger haben wohl aus Sorgen, der Finanzkrise resultierend, ihre Ersparnisse verstärkt in Eigentum angelegt, was unserem Haushalt zum einen bei der Einkommensteuer, zum anderen beim Grunderwerbssteueranteil ein Plus auch auf der Einnahmenseite beschert hat. Zusätzliche Einnahmen ergeben sich noch aus der Bundeserstattung zur Grundsicherung im Alter, die von 45 % auf 75 % angehoben wurde, was de facto laut Herrn Beck rd. 1,4 Mio. ausmacht.

Das Klinikum, unser früheres Sorgenkind, entwickelt sich prächtig, obwohl man hier die zunehmende Belastung für das Personal nicht aus den Augen verlieren darf. Obgleich die Generalsanierung und das geplante Mutter-Kind-Zentrum uns eine höhere Eigenbeteiligung abverlangen werden, was man natürlich im Hinterkopf behalten muss, stehen wir heute sehr gut da. Auch die Wertachkliniken schreiben schwarze Zahlen, kurzum der Patient Krankenhauswesen befindet sich auf einem guten Wege der Besserung.

Auch in diesem, wie schon in den vergangenen Haushalten stellen sich für uns Grüne folgende wichtige Fragen:

1. Wie geht es mit den geplanten Schulbauten im Landkreis weiter? In den nächsten Jahren belaufen sich die Investitionen hier fast auf 120 Mio. €, Tendenz steigend.  
Ein wichtiges Projekt ist hierbei das Gymnasium in Diedorf, ausgeführt als Plusenergie-Haus. Als mein Kollege Joachim Schoner im Bauausschuss anregte, das Gymnasium Diedorf als Leuchtturmprojekt richtungsweisend in diesem energetischen Standard zu bauen und eine Förderung durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt anregte, erntete er noch Kopfschütteln – Landrat Sailer damals: „DIE GRÜNEN sollen doch die Kirche im Dorf lassen“ – wir lassen die Kirche im Dorf, nämlich in Diedorf.  
Das neue Berufliche Schulzentrum in Neusäß, wird mit seiner auf neueste Erkenntnisse ausgerichteten Lehrmethodik zukunftsweisend in unserem Landkreis sein und die Bildungsregion Augsburg Land stärken. Leider hat sich gegen die Stimme der GRÜNEN hier der Bauausschuss von dem hohen Energiestandard der Passivhausbauweise verabschiedet – ein falsches Signal gerade für Jugendliche, die sich in der Berufsausbildung befinden, wie wir GRÜNEN meinen. Die wichtigsten Maßnahmen hat unser Kämmerer unter Punkt 10 bei „Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen“ sehr anschaulich aufgelistet.

2. Wie lässt sich bei diesen großen investiven Herausforderungen die Schuldenbremse realisieren?
3. Wie kann das Projekt Energiewende im Landkreis umgesetzt und der CO<sub>2</sub> Ausstoß reduziert werden?

Das Messewesen und der Innovationspark werden in der nächsten Kreisausschusssitzung auf der Tagesordnung stehen.

Der Landkreis steht in den kommenden Jahren vor weiteren großen Aufgaben. Nicht nur die Investitionen in Bildung, auch der Raumbedarf im Landratsamt, die Parkdecksanierung, die künftige Sanierung des Messewesens oder der Innovationspark sind große Herausforderungen und werden sich künftig noch viel stärker als bisher auf die mittel- und langfristige Finanzplanung auswirken. Deshalb ist es umso wichtiger, in die Zukunft gerichtet zu planen, um Energie und Energiekosten zu sparen und um hohe Kredite abzulösen oder, wenn möglich, deren Tilgungsanteil zu erhöhen. Von den Investitionen, die der Landkreis tätigt, profitieren die Kommunen. Mit einer neuen oder auf einer nach dem besten technischen Standard sanierten Schule steigt die Attraktivität vor Ort. Die Stadt profitiert und die Gemeinde bekommt ein besseres Image. Ein attraktiveres Bildungsangebot bedeutet mehr SchülerInnen, bessere Wettbewerbssituation im Städteranking, steigende Einwohnerzahlen, bedeutet auch mehr Steuereinnahmen und höhere Einkommensteuer. Wenn die Städte und Gemeinden höhere Steuereinnahmen haben, weil der Landkreis durch seine Investitionen dort ihre Attraktivität steigert, ist es auch zumutbar, die Kommunen über die Kreisumlage an diesen Investitionen entsprechend zu beteiligen. Wir halten eine gleichbleibende Kreisumlage deshalb für beide Seiten für besser: Die Kommunen und der Landkreis können über längere Zeiträume planen, wenn die Kreisumlage stabil bleibt.

Wir haben in der Vergangenheit die Diskussion, in den Klimaschutz zu investieren, immer wieder angestoßen. Wir haben uns auf den Weg gemacht, klimafreundlicher Landkreis zu werden. Bis 2030 wollen wir in der Region über das Regionale Klimaschutzkonzept unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 55 % reduzieren. Das ist ein hehres Ziel. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es einen Maßnahmen-Mix und gute Leitprojekte, die es mit entsprechender Man- oder Woman-Power umzusetzen gilt. Solche Konzepte müssen erarbeitet, ausgeführt, begleitet und reflektiert werden. Die Bevölkerung muss auf dem Weg der Umsetzung mitgenommen werden, auch das bedeutet personellen Aufwand. Diese Aufgaben sind nach unserer Ansicht mit 0,6 Stellen, mit Urlaub, nicht zu schaffen. Es bringt uns nicht weiter, wenn wir Ziele formulieren, aber mangels Personal Konzepte nicht ausgearbeitet, geschweige denn in der Umsetzung begleitet werden können.

Um einem eventuellen personellen Notstand entgegen zu wirken, haben wir, hat Kollegin Silvia Daßler, im Personalausschuss eine zusätzliche Stelle für die Abteilung Klimaschutz erneut beantragt. Sie wär nämlich zuvor schon in den Anmeldungen und wurde dann eingespart, so dass sie dann im zweiten Anlauf mit Sperrvermerk aufgenommen wurde. Und, Herr Güller, wir machen dies auch nicht leichtfertig und gehen sicher nicht leichtfertig mit dem Thema um. Der Sperrvermerk stellt sicher, dass vor einer Stellenbesetzung noch einmal detailliert im Ausschuss über die Aufgaben und Notwendigkeiten diskutiert wird. Wir können nicht verstehen, wie sich gerade die SPD hier quer stellt. Bei jeder Gelegenheit wirft sie sich das Umweltmäntelchen über die Schultern. Aber wenn es darauf ankommt, wird bei den Personalkosten eine Erbsenzählerei betrieben sonders Gleichen. Wobei sich doch genau diese Kosten durch Einsparungen und Schadensminderung wieder kompensieren. Weil genau diese Investitionen dazu beitragen, in Zukunft zu sparen, will heißen: Diese Kosten kommen kompensiert positiv in die Kreishaushaltskasse zurück.

Natürlich muss man auch darauf achten dass die Personalkosten nicht aus dem Ruder laufen. Dafür ist in erster Linie der Personalausschuss zuständig, und er hat sich dieser Aufga-

be auch sehr intensiv angenommen. Und wenn im Fachausschuss eine einstimmige Beschlussfassung vorliegt, braucht diese Diskussion im Kreisausschuss nicht erneut angefasst werden, denn wenn dort wieder alles in Frage gestellt wird, dann tagt und berät der Personalausschuss völlig umsonst; diese Sitzungsgelder könnte man sich dann tatsächlich sparen. Wir meinen: Wir müssen weiter in Klimaschutz investieren, in Photovoltaik-Anlagen, in Windkraft, in Gebäudesanierung, Gebäudemanagement und in Energieeffizienz. Das Gebäudemanagement wurde nach ausführlichen Diskussionen und Beratungen auf einen guten Weg gebracht. Natürlich hat uns dies zuerst Kosten verursacht, aber auch hier gehen wir davon aus, dass wir in Zukunft unserer Verantwortung in rechtlicher Hinsicht besser gerecht werden und dadurch Kosten gar nicht erst entstehen bzw. eingespart werden können, als auch die Bewirtschaftungskosten der Landkreisliegenschaften sich reduzieren werden. Auch dies geht nicht ohne entsprechenden Personalaufwand.

Sinnvoll sparen und wirtschaften war unserer Fraktion schon immer wichtig. Wir wollen eine vorausschauende und nachhaltige Finanzpolitik und eine stabile Kreisumlage, damit auch die Kommunen eine Planungssicherheit haben.

Die hohen Investitionen erfordern auch künftig einen sparsamen Umgang mit Finanzmitteln. Deshalb ist es eine kluge Entscheidung, die im Kreisausschuss übereinstimmend gefasst wurde, den sog. „Überschuss“ einer Sonderrückstellung zuzuführen, um die frei werdenden Kredite umzuschulden bzw. zu tilgen und damit künftig die Schulden konsequent abzubauen.

Die Investitionen in Schulgebäude sind nach wie vor wichtig. Immer noch haben wir hier erheblichen Nachholbedarf. Dem Grunde nach sind Investitionen in Bildung auch ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit. Ein wohnortnahes und vielfältiges Bildungsangebot trägt auch zu mehr Chancengleichheit bei, mit mehr Chancengleichheit gewinnen wir mehr Bildungsgerechtigkeit. Wer Talent und Begabung in jungen Jahren fördert, wer Probleme Einzelner frühzeitig erkennt und darauf eingehen kann, wird später im Sozialsystem die Früchte davon tragen. Wir können und wollen es uns nicht leisten, einzelne Kinder und Jugendliche zurück zu lassen. Deshalb sind wir sehr froh, dass auch der Ausbau der Schulsozialarbeit vorankommt, das Ganztagsangebot ausgeweitet wird und die Kinderbetreuungseinrichtungen im Landkreis von den Kommunen stetig weiter ausgebaut werden.

Ansprechende, landkreiseigene Schulen finden hohen Zuspruch, was wir derzeit am Gymnasium Diedorf erfahren können. Inzwischen werden hier jetzt schon 330 SchülerInnen unterrichtet in den Klassen 5 – 7. Ein weiterer positiver Effekt: Damit lassen sich gleichzeitig die Gastschulbeiträge, z. B. an die Stadt Augsburg, reduzieren, was heute bereits in unserem Haushalt nachzulesen ist.

Ein Leuchtturmprojekt soll der neue Schulbau werden. Mit seinen neuen Unterrichtsformen und der ökologischen Ausrichtung als Plusenergie-Haus kann man von einem Alleinstellungsmerkmal für unseren Landkreis sprechen, neben dem finanziellen Plus auch ein großer Imagegewinn.

Es ist viel passiert, und es muss in den nächsten Jahren noch viel passieren. Denn wie unsere Fraktion z. B. bei einem Ortstermin im Paul-Klee-Gymnasium Gersthofen feststellte, ist jeder Tag, den diese Schule in Gersthofen in dem unsanierten Zustand ausharren muss, ein Tag zu viel zum Fenster hinaus geheizt. Deshalb darf es in unseren Augen keine Verschiebung nach hinten geben.

Die Kreisenergiewerke: Eine gute Idee kommt leider nicht vom Fleck. Man sollte das Pferd nicht von hinten aufzäumen. Der Bericht im Kreistag aus der Region Hohenlohe-Taubern hätte an den Beginn dieses Prozesses gehört, wie von uns Grünen beantragt. Wir sind der festen Überzeugung, wäre das geschehen, wären wir heute schon ein Stück weiter. Aber – es ist nie zu spät. Im Nachgang an die Haushaltsverabschiedung werden wir noch von Frau Spöttle einige Ausführungen zum Klimaschutzkonzept hören.

Und wenn sich dann unsere Wirtschaftsabteilung, zusammen mit unserer Klimaschutzbeauftragten und ggf. einer kompetenten Beratung von außen vernetzen, können sicher auch

noch die Energiewerke in eine gute Form gegossen werden. Aber auch dieses Projekt, wie das ganze Thema Energiewende, sollte politisch durch einen Arbeitskreis begleitet werden, wie wir das, und insbesondere Kreisrat Schoner, bereits mehrmals gefordert haben. Wichtig ist, dass ein stimmiges Konzept entsteht, das ein Zusammenspiel der verschiedenen Akteure regelt, um Doppelstrukturen zu verhindern und Synergieeffekte zu ermöglichen. Dazu müssen sowohl die Kommunen, die Politik als auch die Bürgerinnen und Bürger bei der Umsetzung mitgenommen werden. Die Menschen und die regionale Wirtschaft vor Ort sollen hier profitieren.

Der Öffentliche Nahverkehr: Zum Klimaschutz gehört auch ein attraktiver, intakter Nahverkehr. Um den zu verbessern, wird gerade der Nahverkehrsplan fortgeschrieben. Leider sind die Berichte, die wir bisher von der beauftragten Firma erhielten, wenig innovativ in Bezug auf den ländlichen Raum unseres Landkreises abgestellt. Es kommen keine innovativen Vorschläge, die auf eine konkrete Verbesserung und Angebotssteigerung eingehen. Wie soll denn der ländliche Raum gestärkt werden, wenn die verkehrliche Andienung darin immer nur als ausreichend bezeichnet wird und bei den Planungen vom Status quo ausgegangen wird. Dem geforderten Planfall Null ist man null nachgekommen.

Eine Verbesserung der Haltestellen ist dringend notwendig. Die Tarifstruktur ist unbefriedigend. Zielvorgabe sollte sein, mehr Fahrgäste zu generieren und mehr Menschen zum Umsteigen vom Auto auf den ÖPNV zu animieren. Hier gibt es noch Einiges nachzubessern, damit der Nahverkehrsplan auch die nächsten 5, 8 oder 10 Jahre eine brauchbare Grundlage bietet. Dazu gehört auch die Verlängerung der Linie 3 nach Königsbrunn. Die muss vom Zielnetz ins Ausführungsnetz übernommen werden. Das Brechungskonzept der Buslinien im Landkreis muss dringend kritisch geprüft werden. Es ist derzeit äußerst mangelhaft.

Es genügt auch nicht, beim Ausbau der 3. Gleise nur einen Teilbereich für den Bundesverkehrswegeplan anzumelden, auch wenn damit zumindest mal ein erster Schritt getan ist. Wenn schon jetzt die Probleme in Richtung Norden so gravierend sind, wird das bei zunehmendem Güterverkehr nicht besser. Ein gutes Zeichen, dass wir alle mit einer Stimme sprechen, in Richtung Landtag bzw. Bundestag ist die bei der letzten Sitzung einstimmig verabschiedete Resolution, die dankenswerter Weise von der SPD vorbereitet wurde. Angeblich soll ja inzwischen das 3. Gleis Richtung Norden doch angemeldet werden. Wenn das so ist, dann wäre das sehr erfreulich. Auf meine Bitte um Unterstützung unseres Anliegens an unseren grünen MdL Thomas Mütze, an den ich mich sofort gewandt hatte, habe ich auch sofort eine Zusage bekommen, er werde unser Anliegen unterstützen.

Auch bei der Staudenbahn müssen wir endlich zu Potte kommen. Wir haben die Machbarkeitsstudie der Staudenbahn vorliegen, wir kennen die Meinungen der Gemeinden, wir müssen jetzt weitermachen und die Staudenbahn bis Langenneufnach reaktivieren. Denn nur mit einem guten ÖPNV-Angebot können wir die Staudenregion stärken und „Landflucht“ verhindern.

Bei der Jugendhilfe geht der Bedarf stetig nach oben. Die Nettobelastung überschreitet hier inzwischen 11,8 Mio. Obwohl die Zahlen der Heimunterbringung leicht rückläufig sind, verlagert sich der Bedarf mehr auf ambulant und teilstationär. Erziehungshilfen werden immer wichtiger. Ich darf hier wiederholen, dass eine gute Betreuung und Bildung auch hier gute Voraussetzungen sind für mehr soziale Gerechtigkeit und niedrigere Jugendhilfe-Ausgaben.

Sehr bedauerlich ist, und mir unerklärlich, dass der Verein Wildwasser immer noch so große Vorbehalte erfährt, obwohl er Frauen aus dem Landkreis berät, die hier Gewalt erfahren haben. Allein im letzten Jahr waren es 25 Personen und dafür waren 90 Stunden Arbeitszeit durch Fachkräfte erforderlich. Wir müssen hier wirklich eine Lösung finden.

Was uns sicher noch länger beschäftigen wird, angesichts der kriegerischen Auseinandersetzungen und des Elends in der Welt und der vielen Krisenherde, dass die Zahlen der Asylbewerber/innen in unserem Landkreis wieder steigen werden. Wir müssen uns darauf vorbe-

reiten. Wir müssen das Sachgebiet entsprechend ausstatten und für geeigneten Wohnraum sorgen, für Aufklärung und Betreuung. Wir dürfen die Diakonien und Verbände nicht überfordern und alleine lassen.

Ich finde es sehr beispielhaft, wie Langenneufnach die Situation vor Ort meistert. Auch in den anderen Kommunen ist das Entgegenkommen gegenüber Asylbewerber/innen erfreulich offen. Es gibt viele Beispiele von gelebter Solidarität und Hilfsbereitschaft. Damit wird rechten Parolen der Nährboden genommen. Fremdenfeindlichkeit ist heute wesentlich geringer als das vor einigen Jahren der Fall war, manche mögen sich vielleicht noch erinnern. Hier möchte ich allen Beteiligten auf allen Ebenen für ihr umsichtiges Verhalten ganz herzlich danken.

Langsam gibt es auch bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende wieder etwas Entlastung. Trotz aller Euphorie über die niederen Arbeitslosenzahlen, sollte man sich aber angesichts der kritischen Medienberichte eines durchaus seriösen Senders und der zunehmend kritischen Stimmen über die Arbeitsbedingungen bei Amazon regelmäßig berichten lassen. Ich denke, es ist auch in unserem Interesse und in unserer Verantwortung, dass Menschen unter fairen Arbeitsbedingungen arbeiten können. Wir hoffen, dass die Einsetzung eines Betriebsrats hier wesentlich dazu beitragen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Landrat, die Haushaltsberatungen 2013 sind sehr sachbezogen verlaufen. In den Betrachtungen der Fraktionen gab es keine gravierenden Meinungsunterschiede. Für unsere Fraktion sind die wichtigsten Kriterien in diesem Haushalt, dass die Investitionen in unsere Schullandschaft gesichert sind, dass die Kreisumlage stabil bleibt und trotz der Investitionen in Bildung und in Klimaschutz weder eine Erhöhung noch eine Senkung erfährt, dass jede Möglichkeit zum Schuldenabbau genutzt wird, daraus ergibt sich für uns logischer Weise, dass eine Senkung der Kreisumlage für uns nicht in Frage kommt, dass der Klimaschutz eine ehrliche Chance erhält und auch tatsächlich vorankommt.

Wir, von Bündnis 90/ die Grünen stimmen dem Haushalt 2013 zu.“

**Kreisrat Buhl** macht zum Kreishaushalt 2013 folgende Ausführungen:

„Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, man könnte jetzt sagen, jetzt kommt das fünfte Rad am Wagen. Wer aber schon eine Panne hatte, weiß, wie wichtig dies sein kann. Das Gesamt-Zahlenwerk wurde ausführlich in den letzten Wochen diskutiert und erläutert, ich kann mich auf wenig davon beschränken. Die bereits dargestellten Faktoren, die der Landkreis nicht beeinflussen kann, wie Umlagekraft, Schlüsselzuweisungen und Bezirksumlage, sind ausreichend dargestellt. Aber lassen Sie mich, gerade weil Harald Güller die Bezirksumlage wieder in den Fokus gestellt hat, auch dazu etwas sagen. Die Bezirksumlage ist deshalb so niedrig ausgefallen – ich sage dies sehr bewusst –, weil in den letzten zwei Jahren verantwortungsvoll gebildete Rücklagen in Höhe von 42 Mio. € eingesetzt wurden - davon 29 Mio. in 2011 und 13 Mio. in 2012. Und wenn wir nach den Schätzungen in Höhe von 20 Mio. € gegangen wären, die man uns für Sozialausgaben vorgerechnet hat, wir aber tatsächlich 31 Mio. € aufgrund gesetzlicher Vorgaben ausbezahlen mussten, dann wird ein Schuh daraus und dann weiß man, über was man spricht. Die Bezirksumlage wird sicher in den nächsten Jahren viel geringer ausfallen, weil dann ja unser Landrat im Bezirkstag sitzt. Das ist eine gute Fastenbotschaft oder sollen wir das gar nicht glauben?

Der Haushalt 2013 wird dem Bedarf des Landkreises als Bildungs- oder auch Familienlandkreis vor allem im investiven Bereich gerecht und beinhaltet all das, was wir gemeinsam, gemeinsam beschlossen haben. Man könnte auf den ersten Blick zur Auffassung kommen, dass der Haushalt eine Senkung der Kreisumlage möglich macht; aber dies ist wie gesagt nur der erste und vielleicht oberflächliche Blick.

Die gigantischen Aufwendungen der nächsten Jahre vor allem im Bildungsbereich erfordern, dass wir aus dem Verwaltungshaushalt mehr als in früheren Jahren für die Tilgung von Krediten schöpfen. Die Bildung einer Sonderrücklage exakt für diesen Zweck der für uns rentierlichen Schulden, ob direkt zur Kredittilgung oder – auch sehr interessant – durch Umschuldungen von Krediten tragen wir uneingeschränkt mit. Wir haben noch gut in Erinnerung, dass eine Fraktion zum Haushalt 2011 schon auf notwendige Rückstellungen für das Klinikum verzichtete und dadurch die Kreisumlage verringern wollte; es war klug von der Mehrheit, dies nicht zu tun.

Eine gute Stimmung ist in allen Wirtschaftsbereichen zu spüren, wir haben die Zahl von 5,1 % gehört, ist genau das richtige Signal zur Haushaltsverabschiedung im Landkreis Augsburg und beruhigt angesichts der Herkulesarbeit, die im investiven Bereich auf uns wartet, auch sehr. Wir stellen uns dieser Verantwortung des Kreistages für eine optimale Bildung unserer Kinder, aber im gleichen Zuge auch dem Schulterschluss mit den Städten und Gemeinden, was eine verlässliche, planbare und regelmäßige Kreisumlage betrifft. Dieser Empfehlung des Arbeitskreises für die Begrenzung der Neuverschuldung können wir vollinhaltlich beitreten.

Zum Stichwort Bildungslandkreis – ein beliebter, oft verwendeter Begriff unseres Landrates – fällt mir immer wieder ein: Das hat doch auch sein Vorgänger immer behauptet. Wenn dort aber Kritik an der einen oder anderen Schule laut wurde hinsichtlich der Bausubstanz oder gar des Unterhaltes, wurde ich abgewatscht mit dem Satz: „*Von Kreisrat Buhl lasse ich mir meine intakte Schullandschaft nicht kaputtreden*“ – Beifall damals von der absoluten Mehrheit hier auf der rechten Seite im Kreistag.

Wie sich doch die Zeiten ändern. Was bleibt, ist aber das Gedächtnis, und das ist auch gut so.

Was das Wort „intakt“ in den letzten Jahren und in den kommenden für uns alle und den heute zu verabschiedenden Haushalt bedeutet, brauche ich nicht weiter zu vertiefen. Wenn die Bibel-Lehre bleibt „Hochmut kommt vor dem Fall“, können wir gut damit leben.

Dem jetzigen Landrat vertraue ich in dieser Angelegenheit schon mehr, er hat seinen Ankündigungen auch Taten folgen lassen.

Leider konnten die ambitionierten Ziele, was das Zeitfenster für die beruflichen Schulen in Neusäß und das Gymnasium in Diedorf angeht, nicht eingehalten werden, so dass erhebliche Investitionen auf die Folgejahre verschoben wurden. Dass dies mit Baukostensteigerungen verbunden sein wird, werden wir schon bei den nächsten Haushaltsreden im kommenden Jahr erfahren.

Auch für das Gymnasium Gersthofen sind jetzt erstmalig Planungsmittel aufgenommen. Für verlässliche Planungen dort ist es aber sicher noch ein weiter Weg. Es ist noch nicht einmal bekannt, ob eine Generalsanierung bei laufendem Betrieb oder aber, je nach Kostenschätzung, auch ein Neubau in Frage kommt.

Zu den einzelnen Fachbereichen fällt uns auf:

Kreisausschuss.

Die Kosten für die Integrierte Leitstelle bzw. die Betriebskostenbeteiligungen laufen gewaltig aus dem Ruder. Hier ist die Landkreisverwaltung jetzt gefordert, wirtschaftliche Lösungen und korrekte Abrechnungen einzufordern und vielleicht auch zu prüfen, wer denn die Stadt Augsburg in einem Rechtsstreit vertreten hat, der zu unseren Ungunsten ausgeht.

Personalkosten sind immer ein Thema, in dem man Kritik an der einen oder anderen Stelle oder weiteren Leistungen üben kann. Wir legen aber Wert auf den Fakt, dass die Verwaltung gerade für diesen Haushalt alles unternommen hat, auch mit einer gemeinsamen Sitzung des Personalausschusses und des Kreisausschusses, größtmögliche Transparenz zu schaffen. Soweit ich das alles mit verfolgt habe, sind alle Entscheidungen im Personalausschuss einstimmig erfolgt, wenn denn auch alle anwesend waren. Das war leider nicht immer der Fall. Pauschalverdächtigungen unter dem Slogan, die Personalkosten müssen genau über-



prüft werden – wie in der letzten KA Sitzung geäußert –, sind hier nicht angebracht. Dann bitte sollte man Ross und Reiter nennen, aber damit kommt man vielleicht nicht in die Zeitung.

Die beiden heute ins Feld geführten Stellen im Bereich der Kreisenergiewerke und des Klimaschutzes waren zumindest von unserer Fraktion nie ernsthaft in Erwägung gezogen. Da hilft manchmal einfach ein Gespräch mit dem Landrat, der es im Vorfeld eigentlich auch so gesehen hat, dass diese Stellen nicht geschaffen werden.

Die Bundesregierung hat dankenswerte Weise Wort gehalten, wie ich das in der letzten Haushaltsrede schon vorausgesagt habe und die Grundsicherung auf 75 % erhöht. Dies ist eine ganz wichtige Stütze unseres Haushaltes und natürlich auch für die Kommunen.

Sorgen bereitet weiter wie seit über 10 Jahren die drastisch anwachsende Jugendhilfe, obgleich der Verwaltung attestiert werden muss, dass sie auch unbequeme Wege nicht scheut, dies in den Griff zu bekommen. Erfreulich die Ergebnisse der Krankenhäuser, ob Klinikum oder Wertachkliniken, hier gilt den Verantwortlich im Verwaltungsrat unser Dank.

Ein Wort zum ÖPNV: In diesem Bereich sehen wir in unserer Fraktion einen wichtigen Stellhebel für die Finanzen des Landkreises und dort einen Schwerpunkt für unser Augenmerk.

Verbesserte Infrastrukturen, ob in Einheitlichkeit der Busse, Wind- und Wetterschutz und bestmögliche Sicherheit an Haltestellen – ob AVV-Verkehr oder Schülerbeförderung – erhöhen die Akzeptanz des ÖPNV und sollten durch mehr Fahrgäste das Defizit in diesem Bereich mit 5,7 Mio. € plus unseres bekannten 400.000 €-Paketes deutlich verbessern können.

Die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes - ich habe vor zwei Wochen hier im Zusammenhang mit der Diskussion um die 3. Gleise versucht, diese Probleme zu thematisieren – ist existentiell vom Schienentakt abhängig. Ohne diesen Takt brauchen wir keine Fortschreibung. Dann können wir den Status quo behalten. Wir müssen bei der Fortschreibung auch abgelegene Teile des Landkreises gut bedienen. Wir glauben aber, dass dies mit den derzeitigen Instrumenten des AVV und auch der Beraterfirma für den Nahverkehrsplan nicht funktioniert. Daher haben wir zusammen mit der CSU-Fraktion neue Wege aufgezeigt, die es jetzt gilt, auf den Prüfstand zu nehmen, um hier Steuermittel im ÖPNV zu sparen.

Nur kurz zum Vergleich: Der Landkreis Günzburg – sicher kleiner mit 120.000 Einwohnern – hat für den ÖPNV gerade mal 600.000 € als Defizitausgleich im Haushalt; 10 % vom Landkreis Augsburg. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen.

Was uns fehlt im Haushalt – es wurde heute auch schon angesprochen – ist ein konstruktiver Ausblick auf die Realisierung der Straßenbahn nach Königsbrunn. Leider fehlt dieser Ausblick hier völlig.

Kreisenergiewerke: Ich denke, hier ist von den Vorrednern genug gesagt worden. Hier gilt es, die Rolle des Landkreises als Mediator, Vermittler, Ideengeber und vielleicht auch Wegbereiter mit dem vorhandenen Personal zu übernehmen. Bundesweite Beispiele zeigen genügend Möglichkeiten auf. Ohnehin ist uns ein enger rechtlicher Rahmen gesetzt. Die Möglichkeiten der Energieproduktion und des Verkaufes sind hier für den Landkreis sehr beschränkt.

Mitgliedschaften des Landkreises – ich weiß, dies kommt alle paar Jahre wieder – sollten wieder einmal auf aktuelle Notwendigkeiten geprüft werden.

Sorgenfalten bereiten uns Gedanken der Messe, nein, nicht eine Bürgschaft, die wir schon beschlossen haben, sondern Überlegungen, entgegen des seinerzeit geschlossenen Beteiligungsvertrages den Landkreis künftig auch an Investitionen und auflaufenden Betriebskostendefiziten zu beteiligen. Hier schon einmal vorab ein klares Nein von unserer Fraktion.

Schul- und Kulturausschuss: Erfreuliche Entwicklung in Abstimmung mit den Schulen, dass jetzt Budgets eingerichtet werden und den Schulen dafür mehr Entscheidungsfreiheit zugestanden wird. Dieser liberale Ansatz wird für beide Seiten eine Win/Win-Situation herbeiführen.

Bei der Beschaffung von Whiteboards sollte der Zufriedenheitsgrad der Schulen mittlerweile erreicht sein, weitere sollten auch angesichts der fast monatlich wechselnden neuen Angebote der Elektronik- und IT-Branche nicht mehr zusätzlich beschafft werden.

Die Sanierung des Schwimmbades im Gymnasium Königsbrunn unter Beteiligung der Stadt Königsbrunn sollte die wirtschaftlichste Möglichkeit für beide Gebietskörperschaften sein, daher auch uneingeschränkte Zustimmung von uns.

Der Betriebskostenzuschuss für das Museums-Kleinod Oberschönenfeld ist spürbar im Haushalt, aber sicher im Vergleich zu einem eigenen Museum als sehr sehr wirtschaftlich zu bezeichnen.

Die Leistungen für die Kreisvolkshochschule, die der Landkreis auch für Kommunen im Rahmen der Pflichtaufgaben übernimmt, sind ein wichtiger Baustein in den Gemeinden und werden auch sehr gut angenommen. In Anbetracht der Zeit verzichte ich auf weitere Einlassungen zum Schul- und Kulturbereich, danke aber den Verantwortlichen dort für eine stets offene Zusammenarbeit.

Ich komme in den Bereich Bauausschuss. Der Landkreis hat neue Aufgaben in den letzten Jahren bekommen, was die Kapazitäten in den vorhandenen Büroflächen aber leider nicht mehr übernehmen können. Auch das Parkdeck im Innenhof ist sanierungsbedürftig bis hin zu einem Abriss. Dies wird eine Herausforderung für 2014, Planungsmittel sind bereits heuer eingestellt.

Wir sollten auf Büro-Einmietungen in weiteren Außenstellen verzichten und mit dem Innenhof-Parkdeck eine intelligente Erweiterung der Büros im Verbund damit angehen; einen entsprechenden Antrag hat unsere Fraktion dazu bereits vorgelegt. Wir glauben, dass allein die Wertschöpfung in einem Filetgrundstück im Herzen der Stadt direkt am Bahnhof für solche Überlegungen spricht.

Die Baumaßnahmen im Einzelnen sind ausreichend vorgestellt. Ich will es damit bewenden lassen, aber eine Position doch herausgreifen. Der Kollege Wittmann hat mir gerade noch handschriftlich etwas zugesteckt. Dies beziehe sich auf das Berufliche Schulzentrum in Neusäß. Der Kollege hat bei der Bauausschusssitzung im Januar den bisherigen Entwurf gegen alle anderen – außer Kreisrat Schoner – auf der vorgelegten Basis abgelehnt. Der Entfall des Passivhausstandards war nicht wirklich für diese Kostenexplosion verantwortlich. Vielmehr ist es der grundlegende Entwurf, der mit Passivhaus und Kosteneffizienz nicht vereinbar ist. Er wäre im Januar 2013, nachdem diese neu berechneten Kosten herausgekommen sind, für eine Umplanung gewesen. Leider hat er dafür wohl keine Mehrheit gefunden.

Der Haushalt ist ausgeglichen. Dass dem so ist, ist auch der engagierten und guten Arbeit der Beschäftigten des Landratsamtes wie auch der Landkreis-Töchter zu verdanken. Dafür möchte ich mich im Namen der Fraktion auch sehr herzlich bedanken, sie sind unser wichtigstes Kapital.

Knappe Kassen beinhalten auch die Chancen, alte Strukturen zu verlassen und Neuausrichtungen anzugehen. Der Landkreis kann seine Grenzen neu abstecken und die Effizienz und Bezahlbarkeit seiner Wünsche neu definieren, und hier sind wir sicher auf einem guten Weg und stimmen deshalb dem Haushalt 2013 des Landkreises Augsburg zu.“

**Kreisrat Neher** möchte noch ein Wort zur Gründung der so genannten Kreisenergiewerke verlieren. Er gebe der Kollegin Jung Recht. Man habe im November 2011 mit dem Grundsatzbeschluss begonnen, dass man dies auf den Weg bringen wolle. Ein Jahr später, am 12.11.2012, sei die Bioenergie-Modellregion Hohenlohe-Odenwald-Tauber vorgestellt worden. Es wäre natürlich sinnhaft gewesen, wenn dies zu Beginn der Fall gewesen wäre, weil Geschäftsführer Damm klar herausgestellt habe, worauf es ankomme: Beratung und Hilfestellung für die Kommunen und regionale Wertschöpfung aktivieren. Lange Zeit sei man auf dem falschen Dampfer gewesen. Man glaubte, man könnte mit den Kreisenergiewerken sozusagen in die Energieproduktion einsteigen. Letztlich sei der Begriff „Kreisenergiewerke“ aus seiner Sicht heute ein irreführender Begriff, so Kreisrat Neher. Die Regierung von Schwaben habe am 14.3. eindeutig gesagt, dass der Landkreis keine übergeordnete wirt-

schaftliche Rolle einnehmen und nicht in mögliche Konkurrenz zu anderen Marktteilnehmern treten dürfe. Das heiße, der Landkreis selbst dürfe nicht am Markt auftreten. Letztlich gehe es darum, diese neue Ausrichtung auch mit den Kommunen zu diskutieren. Die letzte Brgermeisterdienstbesprechung zu dem Thema sei am 07.12.2011 gewesen. Es habe in einem Brief von Herrn Landrat an die Bürgermeister geheißen, es solle mit den teilnehmenden Kommunen gemeinschaftlich festgelegt werden, welche Prioritäten gesetzt werden und in welcher Geschwindigkeit man jetzt aktiv werde. Kreisrat Neher erklärt, dazu stehe er und dazu sollte man dies auch machen. Was man ursprünglich angedacht habe, sei nicht mit dem Begriff „Kreisenergiewerke“ zu subsumieren, sondern man müsse dies heute neu ausrichten auf die Kommunikations- und Organisationsschnittstelle mit den Kommunen. Er plädiere dafür, dies mit den 46 Kommunen zu beraten, bevor man endgültige Beschlüsse fasse. Die Energiewende könne nur vor Ort mit den Kommunen zusammen passieren. Man sollte jetzt nicht darüber diskutieren, wer für Verzögerungen zuständig sei. Man bewege sich auf Neuland, könne aber immer noch etwas Positives daraus machen.

**Landrat Sailer** stellt anschließend die beiden Anträge der SPD-Fraktion zur Abstimmung:

1. Im Vollzug des Kreishaushalts 2013 wird die vorgesehene zusätzliche Stelle im Bereich Klimaschutz durch Umbesetzungen innerhalb des bestehenden Personals erbracht. Eine Neueinstellung erfolgt nicht, oder nur dann, wenn an anderer Stelle eine Personalstelle eingespart wird.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	53

2. Im Vollzug des Kreishaushalts 2013 erfolgt die Besetzung der Stelle für die Geschäftsführung der sog. „Kreisenergiewerke“ durch Umbesetzungen innerhalb des bestehenden Personals. Eine Neueinstellung erfolgt nicht, oder nur dann, wenn an anderer Stelle eine Personalstelle ausscheidet. Eine – auch zeitweise – Vergabe der Leitung der sog. „Kreisenergiewerke“ an Dritte (z. B. durch Werkvertrag) erfolgt nicht. Die in EPl. 8 UA 8100 vorgesehenen Mittel in Höhe von 50.000 € für die sog. „Kreisenergiewerke“ und auch der Haushaltsausgaberest in Höhe von 25.000 € aus 2012 werden nicht für eine externe Geschäftsführung ausgegeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	51

Der Kreistag fasst daraufhin folgenden

### Beschluss:

Der Kreistag beschließt die diesem Beschluss beiliegende Haushaltssatzung 2013. Der Haushaltsplan und Stellenplan 2013 samt Anlagen sowie der Finanzplan für die Jahre 2012 bis 2016 sind Bestandteil dieses Satzungsbeschlusses.

Mit der zusätzlichen Rücklagenzuführung soll eine Sonderrücklage gebildet werden mit dem Zweck, für die ab 2012 entstehende Neuverschuldung zeitnah Tilgungen zu ermöglichen. Die Rücklage ist in den kommenden Jahren weiter aufzubauen.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	68
Nein-Stimmen:	0

**TOP 4    Klimaschutz**  
**Umsetzung des Regionalen Klimaschutzkonzeptes**  
**im Wirtschaftsraum Augsburg - Klimaschutzziele**  
**und Prioritäten bei der Umsetzung der Leitprojekte**  
**Vorlage: 13/0033**

### Sachverhalt:

Zwischen den Gebietskörperschaften im Wirtschaftsraum Augsburg existieren zahlreiche enge wirtschaftliche, verkehrliche und gesellschaftliche Verflechtungen, die wiederum in vielfältiger Weise energie- und klimarelevant sind. Auch die Auswirkungen des anthropogen verursachten Treibhauseffekts und des dadurch verursachten Klimawandels machen nicht an Landkreisgrenzen halt. Maßnahmen zum Klimaschutz sind deshalb auch in einem regionalen Kontext zu sehen und Klimaschutzfragen in vielen Fällen besser und zum Teil nur auf regionaler Ebene zu lösen.

Mit der Erstellung des Regionalen Klimaschutzkonzeptes im Wirtschaftsraum Augsburg ist es gelungen, gebietskörperschaftsübergreifend Aktivitäten im Klimaschutz anzustoßen und eine erfolgsversprechende Basis für eine systematische Klimaschutzarbeit in der Region zu schaffen.

Den zuständigen Ausschüssen der Gebietskörperschaften im Wirtschaftsraum Augsburg wurde der Endbericht des Regionalen Klimaschutzkonzeptes in gemeinsamer Sitzung am 28. März 2012 vorgestellt. In dieser Sitzung wurden die Verwaltungen beauftragt,

- a) den Endbericht zum Regionalen Klimaschutzkonzept zu veröffentlichen,
- b) gemeinsame regionale Klimaschutzziele zu formulieren,
- c) die im Regionalen Klimaschutzkonzept empfohlenen Leitprojekte zu priorisieren und die Verantwortlichkeiten dafür zu konkretisieren,
- d) dabei die Themen Wasserkraft und Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) zu berücksichtigen,
- e) die Aktivitäten in geeigneten Zeitabständen zu bilanzieren und mit der Ausgangssituation zu vergleichen und
- f) die Öffentlichkeit in die Umsetzung einzubeziehen.

In der Zwischenzeit erfolgte die Veröffentlichung des Endberichts im Internet unter der Adresse [www.klimaschutz-A3.de](http://www.klimaschutz-A3.de). Alle am Prozess der Erstellung des Konzepts beteiligten Akteure wurden schriftlich über die Fertigstellung des Berichtes und die Beschlussfassung der Gremien informiert.

Um Erfolge zu erzielen, muss sich die Zusammenarbeit jetzt auf der Basis gemeinsamer Ziele in konkreten Handlungsschritten und Projekten niederschlagen. Mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag werden die Empfehlungen der Verwaltungen des Landkreises Augsburg, des Landkreises Aichach-Friedberg und der Stadt Augsburg zu gemeinsamen regionalen Klimaschutzziele und zur Priorisierung der Leitprojekte (unter besonderer Berücksichtigung der Wasserkraft und der KWK), wie am 28.03.2012 beschlossen, dem Kreistag zur Entscheidung vorgelegt.

Darüber hinaus werden die gemeinsamen Beschlussvorschläge durch gebietskörperschaftsspezifische Beschlüsse des Landkreises Augsburg ergänzt. Damit wird der Situation Rechnung getragen, dass jede der drei Gebietskörperschaften einen unterschiedlichen Status Quo in seiner Klimaschutzpolitik vorzuweisen hat.

## **1. Gemeinsame Beschlussvorschläge des Landkreises Augsburg, des Landkreises Aichach-Friedberg und der Stadt Augsburg:**

### CO<sub>2</sub>-Minderungsziele im Wirtschaftsraum Augsburg

Im Regionalen Klimaschutzkonzept werden eine Strategie und ein Handlungsleitfaden zur CO<sub>2</sub>-Minderung skizziert. Für diese Strategie braucht es Zielsetzungen, an denen sich alle Beteiligten orientieren können. Diese existierten für den Wirtschaftsraum Augsburg bislang nicht. Erst mit der Datengrundlage des gemeinsamen Regionalen Klimaschutzkonzepts ist es möglich, nachprüfbar regionale Ziele festzusetzen. Die für das Bezugsjahr 2009 im Regionalen Klimaschutzkonzept ermittelten CO<sub>2</sub>-Emissionen für den Wirtschaftsraum Augsburg können zukünftig als Bezugsgröße für das CO<sub>2</sub>-Minderungsziel „Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 55 % bis zum Jahr 2030“ herangezogen werden. Das Ziel selbst ist an das mit dem Energiekonzept der Bundesregierung vom 28.09.2010 beschlossene nationale Klimaschutzziel einer Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 55 % bis 2030 zum Bezugsjahr 1990 angelehnt.

Die Stadt Augsburg hat sich mit dem Beitritt zum Klimabündnis der europäischen Städte e.V. im Jahr 1998 verpflichtet, seine CO<sub>2</sub>-Emissionen mittelfristig um 50 % bis 2030 auf Basis der Emissionswerte des Jahres 1990 zu reduzieren.

Unbedingt zu beachten ist, dass die Erfüllung der regionalen Zielsetzung selbstverständlich nicht allein in der Hand der regionalen Akteure liegt, sondern die europäischen und nationalen Rahmenbedingungen in Form von z. B. Richtlinien, Verordnungen und Gesetzen, aber auch die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, der Stand der Technik und gesellschaftliche Entwicklungen wie die Veränderung der Lebens- und Konsumstile einen ganz wesentlichen Einfluss auf die Zielerreichung haben. Umgekehrt ist aber auch die Verwirklichung der nationalen und globalen Klimaschutzziele selbstverständlich ohne die vielfältigen Aktivitäten und Anstrengungen auf regionaler und kommunaler Ebene nicht vorstellbar.

### Strategie zur Erreichung der Minderungsziele

Zur Ermittlung der Klimaschutzstrategie wurden auf der Grundlage des Regionalen Klimaschutzkonzepts drei Szenarien unter Berücksichtigung des möglichen Einsatzes von mit Gas betriebenen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) in Auftrag gegeben, die das im Regionalen Klimaschutzkonzept beispielhaft dargestellte Szenario ergänzen und mögliche Alternativen in der Schwerpunktsetzung bei der Zielerreichung aufzeigen. Das o.g. CO<sub>2</sub>-

Minderungsziel von 55%-Reduktion bis 2030 liegt dabei allen Szenarien als Basis zu Grunde.

Für die Erstellung der Szenarien wurde eine Reihe von Annahmen zur zukünftigen Entwicklung getroffen. Die Szenarien basieren weitgehend auf dem Stand derzeit gebräuchlicher Technik. Insofern ist die Abschätzung als konservativ zu bewerten. So kann beispielsweise erwartet werden, dass im Sanierungsgewerbe neue Dämmstoffe zum Einsatz kommen, die eine Sanierung zusätzlich erleichtern und gegebenenfalls auch günstiger werden lassen. Zudem sind die technischen Möglichkeiten bei erneuerbaren Energieanlagen noch längst nicht ausgeschöpft:

Für die Szenarien werden die äußeren Rahmenbedingungen, z.B. günstige Kredite für Gebäudesanierungen, der Fortbestand des EEG etc., als konstant vorausgesetzt. In den nächsten Jahren wird es sicherlich zu Veränderungen in der Förderlandschaft kommen. Diese sind jedoch schwer zu prognostizieren und werden deswegen in der Szenario-Berechnung nicht berücksichtigt.

Die Szenarien „Einsparung“ und „Erneuerbar“ setzen dabei auf Schwerpunkte in den jeweiligen Bereichen. Das Szenario „Dreisprung“ verknüpft die Strategien der Szenarien „Erneuerbar“ und „Einsparung“ und bildet mittlere Werte ab. Es setzt keinen einseitigen Schwerpunkt, sondern ist darauf ausgelegt, dass Maßnahmen in allen Handlungsfeldern in den Bereichen Einsparung, Energieeffizienz und Ausbau der Erneuerbaren Energien umgesetzt werden. Die Ziele in den einzelnen Bereichen fallen moderater aus als in den anderen Szenarien.

Wir empfehlen das Szenario „Dreisprung“. Dieses ist wie auch die anderen Szenarien „Konzept“, „Erneuerbar“ und „Einsparung“ in Anlage 1 ausführlich beschrieben und in Anlage 2 zusammengefasst beschrieben und bewertet.

#### Aufbau eines Indikatorensystems

Mit dem Beschluss zum Regionalen Klimaschutzkonzept vom 28. März 2012 wurde die Verwaltung aufgefordert, die Aktivitäten in geeigneten Zeitabständen zu bilanzieren und mit der Ausgangssituation zu vergleichen.

Mit einem geeigneten Indikatorensystem werden die Verwaltungen in die Lage versetzt, qualifiziert zu bilanzieren und zu berichten. Ein Indikatorensystem stellt eine Ergänzung dar zu einer Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz.

#### Priorisierung der Leitprojekte

Im Regionalen Klimaschutzkonzept werden 23 Leitprojekte zur Umsetzung empfohlen. Bei den Leitprojekten handelt es sich um Projekte, die sich durch ihren Wirkungsgrad für den Klimaschutz, ihr Innovationspotential und ihre Multiplizierbarkeit bzw. Übertragbarkeit auf andere Gemeinden auszeichnen. Alle 23 Leitprojekte sind aus den Veranstaltungen des Partizipationsprozesses heraus entstanden. Die Leitprojekte sind erste wichtige Schritte zur Erreichung der ambitionierten Zielvorgaben. Sie sind jedoch allein nicht geeignet, die Ziele zu erfüllen. Weitere Schritte für den Wirtschaftsraum müssen folgen, unterstützt durch geeignete Rahmenbedingungen auf europäischer und nationaler Ebene.

Aus den 23 Leitprojekten sollten einige ausgewählt werden, die in einer ersten Phase der Umsetzung angegangen werden. Für die Auswahl der Leitprojekte wurden auf Grundlage der Erkenntnisse aus dem Regionalen Klimaschutzkonzept, insbesondere zur Potentialstudie, folgende Handlungsfelder als Schwerpunkte gesetzt:

- Energetische Gebäudemodernisierung,
- Wirtschaft - Energieeffizienz bei Industrie und Gewerbe,
- Dezentrale Energieversorgung - Windkraft,
- Dezentrale Energieversorgung - Solarenergie,
- Kraft-Wärme-Kopplung.

Zu jedem dieser Schwerpunkte wurde mindestens ein Leitprojekt benannt und mit höchster Priorität eingestuft. Die Auswahl der prioritären Leitprojekte pro Handlungsfeld erfolgte anhand der Kriterien:

- Tempo und Stand der Umsetzung
- CO<sub>2</sub>-Minderungspotential
- Energiesparpotential
- Hebelwirkung
- messbare Ergebnisse
- Vorbild- und Signalwirkung
- Kosten
- Akteure und Verantwortliche
- Zeitlicher Rahmen.

Bei der Bewertung der Priorität besonders gewichtet wurden die Fragen, ob bereits Aktivitäten zu dem betreffenden Leitprojekt stattfinden, wie schnell das Projekt umgesetzt werden kann und ob die Umsetzung des betreffenden Projektes einen der wesentlichen Schalthebel für den Klimaschutz in der Region (Wärmeverbrauch im Gebäudebestand, Wärmeverbrauch in Industrie und Gewerbe inkl. KWK und Abwärmenutzung, Windkraft, Photovoltaik und Solarthermie) bedient (vgl. hierzu Kurzfassung des Regionalen Klimaschutzkonzepts, S. 19). Die Auswahl und Begründung wird in den Unterlagen in Anlage 3 für jedes Projekt einzeln näher erläutert.

#### Leitprojekt Nr. 22 „Regionale Energieagentur Augsburg“:

Als Leitprojekt Nr. 22 wird im Regionalen Klimaschutzkonzept die „Regionale Energieagentur Augsburg“ empfohlen. Dieser Maßnahmenvorschlag befindet sich mit der Gründung des Trägervereins „Regio Augsburg Energie e. V.“ vom 28.10.2011 bereits in der Umsetzung.

#### Ergänzende Anmerkung zum Handlungsfeld Kraft-Wärme-Kopplung (KWK):

(1) Das Regionale Klimaschutzkonzept für den Wirtschaftsraum Augsburg nennt zwei Leitprojekte im Bereich der KWK, von welchen das Leitprojekt Nr. 9 „Virtuelles Schwarmkraftwerk“ als priorisiertes Leitprojekt vorgeschlagen wird.

(2) Bei der Berechnung des Szenarios aus dem Endbericht des Regionalen Klimaschutzkonzepts wurde die KWK ursprünglich nicht berücksichtigt. Gleichzeitig wurde im Konzept dargestellt, dass auch bei großer Energieeinsparung und dem weitgehenden Einsatz erneuerbarer Energien zukünftig eine Versorgungslücke verbleibt, welche durch fossile Energien gedeckt werden muss. Eine Möglichkeit, einen Teil dieser Lücke im Strom- und Wärmebereich abzudecken, sind KWK-Anlagen. Daher wurde für die vergleichende Studie „Maßnahmenmix für Klimaschutz und Energiewende“ (Anlage 1) die Kraft-Wärme-Kopplung zusätzlich zu den Einsparungen und zum Anlagenausbau bei den Erneuerbaren Energien berücksichtigt. Die KWK kann damit in der Entscheidung über die Schwerpunkte der zukünftigen Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele einbezogen werden.

#### Ergänzende Anmerkungen zum Thema Wasserkraft:

(1) Für den Wirtschaftsraum Augsburg wurde im Rahmen der Arbeiten zum Regionalen Klimaschutzkonzept auf der Grundlage verschiedener Studien das Wasserkraftpotential abgeschätzt. Insgesamt weist der Wirtschaftsraum Augsburg in Relation zur gegenwärtigen Nutzung der Wasserkraft ein zusätzliches technisches Potential von ca. 44.500 MWh<sub>el</sub>/a auf, was ca. 10 % des heute genutzten Potentials entspricht. Dies ist im Vergleich zu den technischen Potentialen anderer Erneuerbarer Energien in der Region wie der Solarenergie oder der Windkraft relativ gering. Aufgrund dessen wurde der Bereich Wasserkraft im Regionalen Klimaschutzkonzept nicht als wesentlicher Schalthebel für die zukünftige Klimaschutzarbeit im Wirtschaftsraum eingestuft. In den herangezogenen Studien wurde einstimmig das höchst-

te Potential in der Nachrüstung bestehender Anlagen gesehen, also einer Optimierung der Betriebsführung, einer Steigerung des Gesamtwirkungsgrads, einer Erhöhung des Ausbaugrads sowie einer Stauzielerhöhung. Dies geschah auch unter dem Aspekt, dass bei der Nutzung und Erschließung neuer Potentiale zwischen den unterschiedlichen und teils divergierenden Interessen wie Naturschutz, Fischerei, Hochwasserschutz, Erholungsnutzung sowie Energiewirtschaft abgewogen und ein nachhaltiger Kompromiss gefunden werden muss.

(2) Zur weiteren Konkretisierung der vorhandenen Potenziale (Verortung) werden momentan durch die Wasserwirtschaftsämter alle Querbauwerke mit einem Leistungsvermögen über 100 kW erfasst und sollen demnächst im Energieatlas Bayern im Internet unter [www.energieatlas.bayern.de](http://www.energieatlas.bayern.de) veröffentlicht werden.

## **2. Gebietskörperschaftsspezifische Beschlussvorschläge des Landkreises Augsburg:**

### Regelmäßige Überprüfung der Klimaschutzaktivitäten durch Erstellung einer Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz

In seiner Sitzung vom 28. März 2012 hat der Bau-, Umwelt- und Energieausschuss des Landkreises Augsburg beschlossen, die Klimaschutzaktivitäten, die sich aus dem Regionalen Klimaschutzkonzept im Wirtschaftsraum Augsburg entwickeln, in geeigneten Zeitabständen zu bilanzieren und mit der Ausgangssituation (Bezugsjahr 2009) zu vergleichen.

Mit der Erstellung einer fundierten Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz in regelmäßigen Abständen ist es möglich, Zwischenschritte der Klimaschutzpolitik zu messen. Fortschritte im Klimaschutz können erkannt werden und (falls notwendig) die Wahl der zukünftigen Handlungsschwerpunkte nachjustiert werden. Dies wird als notwendig erachtet, um die Erreichung des 55 %-CO<sub>2</sub>-Minderungsziels bis zum Jahr 2030 sicher stellen zu können.

Bei einer Fortschreibung der Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz kann auf die Methodik der Bilanz aus dem Regionalen Klimaschutzkonzept zurückgegriffen werden. Eine regelmäßige (endenergiebasierte) Bilanzierung im 5-Jahres-Rhythmus wird dabei von der Verwaltung als sinnvoll erachtet, wobei die erste Fortschreibung fürs Jahr 2015 vorgeschlagen wird.

Die Stadt Augsburg erstellt bereits eine Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz im 5-Jahres-Rhythmus mit Hilfe der Software ECORegion. Zuletzt wurde eine Bilanz für die Jahre 2007 bis 2011 erstellt.

### Beitritt zum Klima-Bündnis e.V.

Ein weiteres erfolgreich etabliertes Netzwerk im Bereich Klimaschutz ist das Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder e.V., kurz Klima-Bündnis (<http://www.klimabuendnis.org>).

Seit Gründung des Vereins im Jahr 1990 haben sich europaweit mehr als 1.600 Landkreise, Städte und Gemeinde sowie assoziierte Mitglieder angeschlossen, darunter über 460 Mitglieder in Deutschland.

Die Mitglieder engagieren sich für den globalen Klimaschutz und haben sich freiwillig folgende Ziele gesetzt:

- Verringerung von klimaschädlichen Treibhausgasen,
- Unterstützung der indigenen Völker des Amazonasbeckens,
- Erhalt der Tropenwälder und ihrer biologischen Vielfalt durch Verzicht auf die Nutzung von Tropenholz aus Raubbau.

Die Mitglieder verpflichten sich freiwillig zu einer kontinuierlichen Verminderung ihrer Treibhausgasemissionen. Ziel ist es, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß alle fünf Jahre um 10 % zu reduzieren. Dabei soll der wichtige Meilenstein einer Halbierung der Pro-Kopf-Emissionen (Basisjahr 1990) bis spätestens 2030 erreicht werden. Langfristig streben die Klima-Bündnis-Mitglieder eine Verminderung ihrer Treibhausgasemissionen auf ein nachhaltiges Niveau von 2,5 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Einwohner und Jahr durch Energiesparen, Energieeffizienz und durch die Nutzung erneuerbarer Energien an.



Um die Entwicklungen der Bemühungen im Klimaschutz zu dokumentieren, erstatten die Klima-Bündnis-Mitglieder regelmäßig Bericht. Nach dem Beitritt ins Bündnis erstellen die Mitglieder eine gebietskörperschaftsspezifische Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz, die regelmäßig fortgeschrieben werden muss.

Mitglieder des Klima-Bündnisses erhalten folgende Vorteile:

- Beratung von der Geschäftsstelle hinsichtlich kommunaler Klimaschutzpolitik,
- Austausch in Konferenzen und Seminaren,
- Veröffentlichung der Klimaschutzaktivitäten auf einer international tätigen Plattform,
- Erhalt von Projektförderung durch EU-Programme,
- Beteiligungsmöglichkeiten an Kampagnen und Aktivitäten zum Klimaschutz,
- Nutzung des Services der Klima-Bündnis-Geschäftsstelle in Brüssel,
- Vertretung der Anliegen des Klima-Bündnisses bei der Europäischen Union,
- Verbilligte Nutzung der Software ECORegion zur Erstellung von Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanzen.

Die Stadt Augsburg ist seit 1998 Mitglied im Klima-Bündnis der europäischen Städte e. V.

Durch die Wahl des 55 %-CO<sub>2</sub>-Minderungsziels bis 2030 würde der Landkreis Augsburg die Verpflichtung des Klima-Bündnisses zur CO<sub>2</sub>-Minderung um 50% zum selben Jahr bereits erfüllen.

Der jährliche Mitgliedsbeitrag beläuft sich auf 0,0066 Euro pro EinwohnerIn. Für den Landkreis Augsburg würden durch den Beitritt Kosten in Höhe von 1.590,27 Euro pro Jahr anfallen.

Der Landkreis Aichach-Friedberg hat den Beschlussvorschlägen 1 bis 4 in seiner Umweltausschuss-Sitzung am 19. November 2012 zugestimmt.

Die Stadt Augsburg hat den Beschlussvorschlägen 1 bis 5 in ihrer Umweltausschusssitzung am 28. November 2012 zugestimmt.

Der Bau-, Umwelt- und Energieausschuss und der Kreisausschuss haben sich in ihren Sitzungen am 31.01.2013 und am 18.02.2013 mit der Angelegenheit befasst.

<b>inanzielle Auswirkungen:</b>		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		<input checked="" type="checkbox"/> im Verw.HH:	<input type="checkbox"/> im Verm.HH:
		HhSt. 0.0243.6329	HhSt.
		20.000 €	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/Folgekosten:	Gesamtfinanzierung	Gesamtfinanzierung
	<input type="checkbox"/> keine	Eigenanteil:	Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
20.000 €	2.000 €	€	€

**Bemerkungen:**

Die angegebenen jährlichen Folgekosten von 2.000 Euro sind für die Mitgliedschaft im Klima-Bündnis aufzuwenden. Darüber hinaus sind für die weitere Umsetzung des Klimaschutzkonzepts Folgekosten zu erwarten, abhängig von der durchgeführten Maßnahme. Diese können aktuell jedoch noch nicht abgeschätzt werden. Sie werden zu gegebener Zeit dem Bau-, Umwelt- und Energieausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.

Für das Haushaltsjahr 2016 sind durch die Fortschreibung der Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz Folgekosten zu erwarten. Diese belaufen sich je nach Detaillierungsgrad der Bilanz auf Kosten in Höhe von ca. 2.000 bis ca. 15.000 Euro. Der Detaillierungsgrad wird zu gegebener Zeit dem Bau-, Umwelt- und Energieausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Kosten dafür sind in den oben angegebenen finanziellen Auswirkungen nicht berücksichtigt.

**Frau Spöttle** informiert über die Umsetzung des Regionalen Klimaschutzkonzeptes im Wirtschaftsraum Augsburg sowie die Klimaschutzziele und Prioritäten bei der Umsetzung der Leitprojektes anhand der beigefügten Präsentation.

**Kreisrätin Olbrich-Krakowitzer** stellt fest, dass der Verkehrsbereich fehle, der gut ein Drittel der Emissionen ausmache. Hier müsse man dringend etwas machen. Dies sei auch ein Grund, warum man einen neuen Nahverkehrsplan haben wolle. Man müsse den Nahverkehr stärken. Es wäre ein Riesenspotenzial, wenn mehr Leute auf den ÖPNV umsteigen könnten. Die Zielvorgaben seien gut. Die Frage sei aber, wie man als Landkreis mehr umsetzen könne, so Kreisrätin Olbrich-Krakowitzer weiter. Sie selbst arbeite in einer kleinen Hausverwaltung. Gerade werde versucht, in einer Wohnanlage ein Blockheizkraftwerk zu bauen. Es müsse viel mehr Beratung stattfinden, da hier für die Wohnungswirtschaft und gerade für Mehrfamilienhäuser ein großes Potenzial vorhanden wäre, in dieser Richtung mehr zu machen. Kreisrätin Olbrich-Krakowitzer möchte wissen, ob der Landkreis gezielt etwas tun bzw. wie man auf diese Leute zugehen kann.

Der Bereich Verkehr macht laut **Frau Spöttle** ungefähr ein Viertel der Emissionen im Wirtschaftsraum aus. Sie habe das Tortendiagramm hierzu dargestellt. Sie stimme Frau Olbrich-Krakowitzer zu. Die Energiewende gelinge nicht ohne die Verkehrswende. Die gerade vorgestellten fünf Leitprojekte sollen in einer ersten Priorität angegangen werden. Dies bedeute nicht, dass damit alle Maßnahmen erschlagen seien und auch nicht, dass man das Minderungsziel von 55 % erreichen werde. Der Bereich Verkehr sei ebenfalls anzugehen, nur nicht in erster Priorität. Von Herrn Buhl sei dies in der letzten Kreisausschusssitzung auch schon angesprochen worden. Man könne in diesem Bereich noch nachbessern. Allerdings sei der Bereich Verkehr auf lange Frist zu sehen und eine sehr betreuungs- und auch kostenintensive Maßnahme. Deswegen sei dieser Bereich nicht in erster Priorität ausgewählt worden, solle aber in nachfolgenden Schritten kommen.

Zur Frage, wie man gezielter auf Wohnungsbesitzer zugehen kann, legt Frau Spöttle dar, dass mit der Regionalen Energieagentur Augsburg bereits ein Akteur im Wirtschaftsraum Augsburg geschaffen wurde. Die Regionale Energieagentur müsse aber noch viel bekannter werden, damit solche Sanierungsmaßnahmen besser „an den Mann gebracht“ werden und man gezielter sehen könne, welche Maßnahmen sinnvoll seien. Nicht überall sei beispielsweise ein Blockheizkraftwerk sinnvoll. Diese Maßnahme sei somit bereits am Laufen.

**Kreisrätin Olbrich-Krakowitzer** teilt mit, dass ihres Wissens im Landkreis Fürstentfeldbruck Zuschüsse für Gebäudesanierungen gegeben werden. Sie möchte wissen, ob dies für den Landkreis eine Möglichkeit wäre. Viele Hauseigentümer seien schon älter, hätten keine Kinder und würden die ökologischen Effekte einer Sanierung nicht sehen, sondern nur den finanziellen Effekt. Mit solchen Zuschüssen wären diese vielleicht eher bereit, zu investieren. Außerdem spricht Kreisrätin Olbrich-Krakowitzer die Bürgerwindkraftanlagen an und erkundigt sich danach, ob in nächster Zeit tatsächlich die EU-Regelung kommen wird. Es wäre der Tod für die Akzeptanz vor Ort, weil viele Leute im Falle einer Beteiligung einen ganz anderen Bezug zu einem Windrad bekommen würden.

**Frau Spöttle** berichtet, es könnten nach Auskunft der Regierung von Schwaben nur Anreize über Information und Beratung gesetzt werden. Über monetäre Anreize dürfe der Landkreis diese Maßnahmen nicht voranbringen.

Die sog. AIFM-Richtlinie sei 2011 in Europa in Kraft getreten und werde momentan in nationales Recht umgesetzt. Es gebe dazu im Mai Beratungen im Bundestag. Wenn es so laufen solle, wie auf europäischer Ebene angedacht, dann sei dies in der Tat eine Bedrohung für Bürgerwindkraftanlagen, weil diese dann nicht mehr in dieser Breite durchführbar seien.

### Beschluss:

Auf Empfehlung des Bau-, Umwelt- und Energieausschusses vom 31.01.2013 und des Kreisausschusses vom 18.02.2013 beschließt der Kreistag, den folgenden Beschlussvorschlägen zur Umsetzung des Regionalen Klimaschutzkonzepts im Wirtschaftsraum Augsburg zuzustimmen:

1. Die mit der Erstellung des Regionalen Klimaschutzkonzepts für den Wirtschaftsraum Augsburg begonnene Zusammenarbeit im Klimaschutz zwischen dem Landkreis Augsburg, dem Landkreis Aichach-Friedberg und der Stadt Augsburg wird fortgeführt.
2. Unter Einbeziehung der Öffentlichkeit sowie aller gesellschaftlich relevanter Akteure streben der Landkreis Augsburg, der Landkreis Aichach-Friedberg und die Stadt Augsburg gemeinsam und in Anlehnung an die Klimaschutzziele der Bundesregierung an, die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Wirtschaftsraum Augsburg bis zum Jahr 2030 (zum standardisierten Bezugsjahr 2009, da hier eine Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz über das Regionale Klimaschutzkonzept vorhanden sind) um 55 % zu reduzieren.
3. Der Landkreis Augsburg, der Landkreis Aichach-Friedberg und die Stadt Augsburg orientieren ihr Handeln dabei am Szenario „Dreisprung“ (vgl. Anlage 1 - Maßnahmenmix für Klimaschutz und Energiewende), das auf der Grundlage und in Ergänzung des Regionalen Klimaschutzkonzepts für den Wirtschaftsraum Augsburg erstellt wurde.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Aichach-Friedberg und der Stadt Augsburg, auf der Grundlage der im Szenario „Dreisprung“ beschriebenen Daten für den Anlagenausbau Erneuerbare Energien, für die Energieeinsparung und die Energieeffizienz ein Indikatorensystem zu entwickeln, das die Gebietskörperschaften bei der Klimaschutzberichterstattung und dem Klimaschutz-Controlling unterstützt.

5. Zu den 23 Leitprojekten des Regionalen Klimaschutzkonzepts werden in einer ersten Phase der Umsetzung folgende Prioritäten gesetzt:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Aichach-Friedberg und der Stadt Augsburg sowie mit den im Regionalen Klimaschutzkonzept bei der Beschreibung der Leitprojekte genannten Akteuren:

- a) im Handlungsfeld Energetische Gebäudemodernisierung für die Umsetzung des Leitprojektes Nr. 3 „Quartiersbezogene Sanierungsinitiativen“ die beteiligten Akteure bei Bedarf im Rahmen der Möglichkeiten bei der Umsetzung zu unterstützen. Es ist von Seiten der Klimaschutzbeauftragten zu prüfen, ob die vorgeschlagene Maßnahme „Quartiersbezogene Sanierung“ durch eine Sanierungsinitiative auf Gemeindeebene ergänzt oder substituiert werden kann.
  - b) im Handlungsfeld Wirtschaft - Energieeffizienz bei Industrie und Gewerbe einen regionalen Runden Tisch zu gründen und zu moderieren, um die Umsetzung des Leitprojektes Nr. 19 „Steigerung der Nachfrage nach bestehenden Beratungsansätzen“ und weiterer Projekte und Maßnahmen zu "Energieeffizienz bei Industrie und Gewerbe" (wie in Anlage 3 beschrieben) anzustoßen und zu unterstützen,
  - c) im Handlungsfeld Dezentrale Energieversorgung – Windkraft die Gemeinden und die sonstigen verantwortlichen und beteiligten Akteure beim Leitprojekt Nr. 6 „Bürgerwindkraftanlagen“ sowie beim Leitprojekt Nr. 8 „Energiekreuz A3“ bei Bedarf im Rahmen der Möglichkeiten bei der Initiierung und Umsetzung zu unterstützen,
  - d) im Handlungsfeld Dezentrale Energieversorgung – Solarenergie eine „Solaroffensive A3“ (Leitprojekt Nr. 12) zu starten und die beteiligten Akteure bei Bedarf im Rahmen der Möglichkeiten bei der Umsetzung zu unterstützen,
  - e) im Handlungsfeld Kraft-Wärme-Kopplung beim Leitprojekt Nr. 9 „Virtuelles Schwarm-Kraftwerk“ die verantwortlichen und beteiligten Akteure bei Bedarf im Rahmen der Möglichkeiten bei der Umsetzung zu unterstützen.
6. Der Landkreis Augsburg wird eine Evaluierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Rahmen einer endenergiebasierten Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz durchführen. Die Klimaschutzaktivitäten sind ab dem Bilanzjahr 2015 im 5-Jahres-Rhythmus zu bilanzieren und mit der Bilanz des Regionalen Klimaschutzkonzepts (Bezugsjahr 2009) zu vergleichen.
7. Der Landkreis Augsburg tritt dem Klima-Bündnis im Jahr 2013 bei und verpflichtet sich freiwillig zu den vom Klima-Bündnis verfolgten Zielsetzungen.

Die Maßnahmenumsetzung ist in regelmäßigen Zeitabständen zu überprüfen und ggf. sind den Gremien neue Vorschläge zur Projektumsetzung und Priorisierung zur Entscheidung vorzulegen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	67
Nein-Stimmen:	0

**TOP 5 Schöffen- und Jugendschöffenwahl;  
Bildung eines Wahlausschusses  
Vorlage: 13/0031**

### Sachverhalt:

Die Regierung von Schwaben teilte den Landkreisen mit Schreiben vom 16.10.2012 mit, dass für die in 2013 wieder stattfindende Wahl der Schöffen und Jugendschöffen – die neue Amtsperiode beginnt ab dem 01.01.2014 – nach § 40 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) und Nrn. 15 ff. der Schöffenbekanntmachung bzw. Nr. 11 der Jugendschöffenbekanntmachung die Bildung eines Wahlausschusses erforderlich wird.

Danach besteht der Wahlausschuss aus einem Richter beim Amtsgericht als Vorsitzendem, dem Landrat des Landkreises, der zu dem Amtsgerichtsbezirk gehört, oder dem von ihm beauftragten Bediensteten – auch wenn sich der Sitz des Amtsgerichtes in einer kreisfreien Stadt befindet – sowie sieben Vertrauenspersonen als Beisitzer.

Da der Amtsgerichtsbezirk Augsburg sowohl das Gebiet der kreisfreien Stadt als auch des Landkreises Augsburg umfasst, sind hiervon nach dem von der Regierung festgelegten Zahlenverhältnis drei Personen durch den Landkreis zu bestimmen. Die Vertrauenspersonen sind dabei mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder, mindestens jedoch mit der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl, in geheimer Abstimmung vom Kreistag auf die Dauer von fünf Jahren zu wählen. Die Wahl kann nicht auf einen beschließenden Ausschuss übertragen werden.

Die Landkreisverwaltung hat die vorschlagsberechtigten Fraktionen unter Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses im Kreistag gebeten, geeignete Personen zu benennen. Die Vorschläge können dann in der kommenden Sitzung des Kreistages am 11.03.2013 zur Wahl gestellt werden, so dass eine fristgerechte Benennung der Vertrauenspersonen an die Regierung von Schwaben bis 15.05.2013 möglich sein wird.

Nach Hare/Niemeyer entfiel dabei auf die Fraktion der Christlich Sozialen Union (CSU), die Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD) sowie auf die Fraktion der Freien Wähler (FW) jeweils ein Nennrecht.

Der Kreisausschuss hat sich mit der Angelegenheit in seiner Sitzung am 14.01.2013 befasst.

Es wurden zwischenzeitlich folgende Vorschläge unterbreitet:

CSU-Fraktion:	Mathilde Wehrle
SPD-Fraktion:	Hannelore Britzlmair
FW-Fraktion:	Annemarie Finkel

Zur Durchführung der Wahl werden in der Kreistagsitzung am 11.03.2013 Stimmzettel mit den vorgenannten Vorschlägen der Fraktionen ausgegeben.

Zum Ergebnis der Wahl wird auf die beigefügte Wahlniederschrift verwiesen.

**TOP 7 Austritt von Kreisrat Schantin aus der CSU-Kreistagsfraktion;  
Neubesetzung von Ausschüssen  
Vorlage: 13/0047**

Anlagen: Schreiben CSU-Kreistagsfraktion vom 26.02.2013  
Schreiben Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.03.2013

Sachverhalt:

Durch den Austritt von Herrn Kreisrat Jürgen Schantin aus der CSU und damit auch aus der CSU-Kreistagsfraktion ergibt sich eine Verschiebung in der Sitzverteilung im Kreistag des Landkreises Augsburg. Hiernach entfallen auf die CSU-Kreistagsfraktion künftig 32 Sitze (bisher 33).

Gemäß § 33 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Kreistag werden die Mitglieder des Kreisausschusses – und für die weiteren Ausschüsse nach § 36 Abs. 3 in Verbindung mit § 33 Abs. 2 GeschO – aufgrund der Vorschläge der Parteien und Wählergruppen nach dem mathematischen Proporz (Hare-Niemeyer) ermittelt.

Damit ergibt sich eine Änderung im Stärkeverhältnis im Kreisausschuss und in den Fachausschüssen, die mit 14 Kreisrätinnen und Kreisräten besetzt sind. Zwischen den Fraktionen CSU und Bündnis 90/Die Grünen war daher in Folge ein Losentscheid über einen Sitz in diesen Ausschüssen erforderlich, der in der Kreistagssitzung am 25.02.2013 herbeigeführt wurde.

Aufgrund dieses Losentscheides erhält die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen jeweils einen zusätzlichen Sitz im Schul- und Kulturausschuss, im Ausschuss für Personal, EDV und Organisation sowie im Werkausschuss des Landkreises Augsburg.

Kreisrat Schantin war bisher ordentliches Mitglied im Bau-, Umwelt- und Energieausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Kreisausschuss und im Sportbeirat. Auch in den Arbeitskreisen „Haushalt und Finanzen“, „Regionaler Nahverkehrsplan“ und dem „Arbeitsbegleitenden Ausschuss zur Fortschreibung des Regionalen Nahverkehrsplans“ nahm Kreisrat Schantin die Funktion des Stellvertreters wahr.

Mit Schreiben vom 26.02.2013 bzw. vom 04.03.2013 informierten die CSU-Kreistagsfraktion sowie die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen über die von ihnen vorgesehenen Veränderungen. Diese Veränderungen sind aus den beigefügten Schreiben ersichtlich.

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b> <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr: <input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt. €		<input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt. €	
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten): €	Jährliche Folgekosten/ Folgekosten: <input type="checkbox"/> keine €	Gesamtfinanzierung Eigenanteil: €	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.): €		

Bemerkungen:

Der Kreistag fasst folgenden

**Beschluss:**

Aufgrund des Ausscheidens von Kreisrat Jürgen Schantin aus der CSU-Kreistagsfraktion beschließt der Kreistag folgende Änderungen in der Gremienbesetzung:

**Kreisausschuss**

Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
Karl-Heinz Wagner (wie bisher)	Marlies Fasching (neu)	Jürgen Reichert (wie bisher)

**Ausschuss für Personal, EDV und Organisation**

Kreisrat Ludwig Fröhlich scheidet aus dem Gremium aus.

Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
Eva Rößner (neu) Silvia Daßler (wie bisher)	Ursula Jung (neu) Joachim Schoner (neu)	Hannes Grönninger (neu) Alexander Kolb (neu)

**Bau-, Umwelt- und Energieausschuss**

Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
Fritz Hölzl (neu)	Norbert Krix (neu)	Karl Heinz Jahn (wie bisher)

**Schul- und Kulturausschuss**

Kreisrat Fritz Hölzl scheidet aus dem Gremium aus.

Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
----------	----------------------	----------------------

Alexander Kolb (neu)  
Paul Reisbacher (wie bisher)

Hannes Grönninger (neu)  
Silvia Daßler (neu)

Eva Rößner (neu)  
Ursula Jung (neu)

### **Werkausschuss**

Kreisrat Jürgen Schantin scheidet aus dem Gremium aus.

Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
Joachim Schoner (neu) Hannes Grönninger (wie bisher)	Alexander Kolb (neu) Paul Reisbacher (neu)	Ursula Jung (neu) Silvia Daßler (neu)

### **Sportbeirat**

Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
Konrad Dobler (wie bisher) Karl-Heinz Wagner (wie bisher)	Max Stumböck (wie bisher) Norbert Krix (neu)	Norbert Krix (neu) Anni Fries (wie bisher)

### **Arbeitskreis Haushalt und Finanzen**

Mitglied	Stellvertreter/in
Heinz Liebert (wie bisher)	Ludwig Fröhlich (neu)

### **Arbeitskreis Regionaler Nahverkehrsplan**

Mitglied	Stellvertreter/in
Heinz Liebert (wie bisher)	Franz Settele (neu)

### **Arbeitsbegleitender Ausschuss zur Fortschreibung des Regionalen Nahverkehrsplanes**

Mitglied	Stellvertreter/in
Heinz Liebert (wie bisher)	Franz Settele (neu)

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 66  
Nein-Stimmen: 0



**TOP 6 Neubesetzung des Werkausschusses, des Bau-, Umwelt- und Energieausschusses sowie der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung; Nachfolge von Herrn Kreisrat Siegfried Skarke  
Vorlage: 13/0046**

### Sachverhalt:

Am 24.01.2013 ist Herr Kreisrat Siegfried Skarke verstorben. Herr Skarke war zuletzt in folgenden Gremien des Landkreises Augsburg vertreten:

- Mitglied im Werkausschuss,
- 1. Stellvertreter von Herrn Kreisrat Jürgen Schantin im Bau-, Umwelt- und Energieausschuss,
- 2. Stellvertreter von Herrn Kreisrat Franz Settele im Bau-, Umwelt- und Energieausschuss.

Darüber hinaus vertrat Herr Skarke den Landkreis Augsburg in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung (ZRF).

Die vorgenannten Positionen sind folglich neu zu besetzen. Der Vorsitzende der CSU-Kreistagsfraktion, Herr Heinz Liebert, hat hierzu für die CSU-Kreistagsfraktion mitgeteilt, dass Herr Kreisrat Norbert Krix mit seinem Nachrücken in den Kreistag sämtliche bisher von Herrn Skarke wahrgenommenen Ämter übernehmen soll.

Der Kreisausschuss hat sich mit der Angelegenheit in seiner Sitzung am 18.02.2013 befasst und dem Kreistag empfohlen, den vorgeschlagenen Änderungen zuzustimmen.

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		<input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt.	<input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt.
		€	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten): €	Jährliche Folgekosten/ Folgelasten: <input type="checkbox"/> keine €	Gesamtfinanzierung Eigenanteil: €	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.): €

Bemerkungen:

**Landrat Sailer** verweist auf den Sachverhalt und teilt mit, dass Kreisrat Krix aufgrund der vorangegangenen Beschlussfassung zu TOP 7 als Stellvertreter von Kreisrat Hölzl in den Bau-, Umwelt- und Energieausschuss zu berufen wäre.

Der Kreistag fasst folgenden

### Beschluss:

Auf Empfehlung des Kreisausschusses vom 18.02.2013 beschließt der Kreistag, anstelle des verstorbenen Kreisrates Siegfried Skarke Herrn Kreisrat Norbert Krix in folgende Gremien zu berufen:

- Mitglied im Werkausschuss,
- 1. Stellvertreter von Herrn Kreisrat Fritz Hölzl im Bau-, Umwelt- und Energieausschuss,
- 2. Stellvertreter von Herrn Kreisrat Franz Settele im Bau-, Umwelt- und Energieausschuss,
- Mitglied in der Versammlung des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung (ZRF).

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	66
Nein-Stimmen:	0

<b>TOP 8    Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses Vorlage: 13/0020</b>
---

### Sachverhalt:

1. Aufgrund einer personellen Veränderung in der Vorstandschaft des Kreisjugendrings Augsburg-Land wird vom Kreisjugending beantragt, anstelle des bisherigen beratenden Mitglieds, Herrn Jörg Mücke,

**Herrn Josef Falch, Georgenstr. 17 a, 86456 Lützelburg,**

in den Jugendhilfeausschuss zu berufen. Herr Falch war bisher Stellvertreter von Herrn Mücke im Jugendhilfeausschuss.

Zum Stellvertreter von Herrn Falch soll

**Herr Johannes Jansen, Flachsstr. 50, 86179 Augsburg,**

bestellt werden.

2. Der bisherige Stellvertreter von Frau Helga Kramer-Niederhauser (Kath. Kirche), Herr Andreas Jall, hat sein Amt niedergelegt und kann seine Funktion im Jugendhilfeausschuss deshalb nicht mehr ausüben.

Von der Diözese Augsburg wurde als künftiges stellvertretendes Mitglied

**Frau Martina Kraus, Mittleres Pfaffengäßchen 15, 86152 Augsburg,**

benannt.

Der Kreisausschuss hat sich mit der Angelegenheit in seiner Sitzung am 28.01.2013 befasst und dem Kreistag empfohlen, den Änderungen zuzustimmen.

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b> <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr: <input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt. € <input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt. €	
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten): €	Jährliche Folgekosten/ Folgelasten: <input type="checkbox"/> keine €	Gesamtfinanzierung Eigenanteil: €	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.): €

Bemerkungen:

**Landrat Sailer** erläutert den Sachverhalt. Der Kreistag fasst daraufhin nachstehenden

### Beschluss:

1. Auf Empfehlung des Kreisausschusses vom 28.01.2013 beschließt der Kreistag,

**Herrn Josef Falch, Georgenstr. 17 a, 86456 Lützelburg,**

anstelle von Herrn Jörg Mücke als beratendes Mitglied und

**Herrn Johannes Jansen, Flachsstr. 50, 86179 Augsburg,**

als künftigen Stellvertreter von Herrn Falch in den Jugendhilfeausschuss zu berufen.

2. Auf Empfehlung des Kreisausschusses vom 28.01.2013 beschließt der Kreistag,

**Frau Martina Kraus, Mittleres Pfaffengäßchen 15, 86152 Augsburg,**

anstelle von Herrn Andreas Jall als stellvertretendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss zu berufen.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	66
Nein-Stimmen:	0

### **TOP 9 Bekanntgabe dringlicher Anordnungen**

**Herr Püschel** gibt folgende dringliche Anordnungen bekannt:

- Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben: Investitionszuschuss an Stadt Augsburg für die Berufsschule VII
- Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben in der Jugendhilfe
- Hochbau DR 018 Gebäudeunterhalt – Bewilligung überplanmäßiger Mittel

<b>TOP 10    Verschiedenes</b>
--------------------------------

**Herr Seitz** gibt das Wahlergebnis zu Tagesordnungspunkt 5 bekannt (siehe Wahlniederschrift).

Die Kreisrätinnen Wehrle, Britzlmair und Finkel nehmen die Wahl an.

<b>TOP 11    Wünsche und Anfragen</b>
---------------------------------------

**Kreisrat Kolb** verweist auf die geänderte Gesetzeslage, wonach wieder alte Kennzeichen eingeführt werden können. Wie man der Presse entnehmen könne, gebe es Regionen in diesem Landkreis, die sich dafür interessieren, wieder mit einem solchen alten Kennzeichen fahren zu können. Der Presse konnte man entnehmen, dass der Kreisausschuss der Angelegenheit gegenüber nicht so positiv gesinnt sei. Kreisrat Kolb möchte wissen, ob sich Landrat Sailer inzwischen entschieden hat.

**Landrat Sailer** teilt mit, er folge der Empfehlung des Kreisausschusses. Es bleibe dabei, dass keine Alt-Kennzeichen eingeführt werden.

Landrat Sailer bedankt sich bei den Anwesenden für die geleistete Mitarbeit und schließt die Sitzung.

---

Martin Sailer  
Landrat

---

Ulla Berger  
Verw.Angestellte

31. Sitzung des Kreistages 11.03.2013